

## 208. Sitzung des Grossen Gemeinderates

30. November 2009, 14:00 Uhr, Gemeindesaal Lötschberg, Spiez

Vorsitz	Ursula Zybach, GGR-Präsidentin
Anwesende Mitglieder	<p>EDU Barbara Gradwell</p> <p>EVP Godi Bärtschi Andreas Bürki Anna Fink Markus Kiener Markus Wenger</p> <p>FDP Reto Gerber Philipp Giesser Urs Gurtner Ernst Hautle Daniel Lanz Monika Lanz</p> <p>FS Martin Fink Evi Hürlimann Pia Hutzli Theres Indermühle</p> <p>GS Klaus Aegerter Nadja Keiser Philipp Zimmermann</p> <p>SP Eliane Baumann Peter Beyeler Irma Grandjean Bernhard Hauck Walter Holderegger Albert Trummer Ursula Zybach</p> <p>SVP Kurt von Känel Peter Kislig Urs Maibach Paul Müller Marianne Roe Jürg Staudenmann Rudolf Thomann</p>
Anwesend zu Beginn	33 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig
Jugendrat	--
Sekretär	Konrad Sigrist

Protokollführer	Adrian Zürcher	
Presse	Svend Peterzell Jürg Spielmann Christa Gubler	Berner Oberländer / Thuner Tagblatt Radio BeO
ZuhörerInnen	ca. 10 Personen	
Vertreter Gemeinderat	Franz Arnold Klaus Brenzikofer Jolanda Brunner Ursula Erni Christoph Hürlimann Stefan Kocherhans	SP SVP SVP EVP FS FDP
Abteilungsleiter	Daniel Bock, Leiter Soziale Dienste Stefan Christen, Finanzverwalter Heinz von Gunten, Bauverwalter Renato Heiniger, Abteilungsleiter Sicherheit Ernst Mäder, Steuerverwalter/EDV-Verantwortlicher Ernst Steffen, AHV-Zweigstellenleiter	
Entschuldigt	Bastian Christen Susanne Kaiser Peter Luginbühl Kurt Frei, Gemeinderat (krank)	GS SP SVP SP

## ERÖFFNUNG

**Die Vorsitzende** begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Abteilungsleiter, die Vertreter der Medien, den Sekretär, den Protokollführer, sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer zur 208. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

Die Fotografin Edith Lechner wird im Rahmen einer Reportage Fotoaufnahmen im Saal machen. Im Sinne von Art. 15.3 der Geschäftsordnung des GGR hat die Vorsitzende die Erlaubnis dazu erteilt.

### Volksabstimmungen

Anlässlich der Volksabstimmung vom 27. September 2009 wurden in der Gemeinde Spiez folgende Ergebnisse erzielt:

#### Bund

- Befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung mit 2'279 Ja : 1'725 Nein angenommen
- Verzicht auf die Einführung einer allgemeinen Volksinitiative mit 2'714 Ja : 1'104 Nein angenommen

#### Kanton

- Harmonisierung Volksschule mit 1'797 Ja : 2'143 Nein abgelehnt

#### Volksabstimmungen vom 29. November 2009

- Spezialfinanzierung Luftverkehr mit 3'394 Ja : 1'487 Nein angenommen
- Volksinitiative Kriegsmaterialverbot mit 1'223 Ja : 3'912 Nein abgelehnt

- Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten mit 3'260 Ja : 1'907 Nein angenommen

Die Stimmbeteiligung betrug 54.35 %

Kanton

- Stimmrechtsalter 16 mit 1'175 Ja : 3'830 Nein abgelehnt

Gemeinde

- Verkauf Mehrfamilienhäuser Gygerweg 39 und 41 mit 3'340 Ja : 1'268 Nein angenommen

Stimmbeteiligung 54.8 %

Es ist erfreulich, dass immerhin mehr als die Hälfte der Spiezer Stimmberechtigten abgestimmt haben.

### **Persönliche Gedanken**

Die Vorsitzende dankt der Gemeindeverwaltung insbesondere Konrad Sigrist und seinem Team für das grosse Engagement im Zusammenhang mit der Planung, Einladung und dem Versand der Unterlagen. Sie schreiben unzählige Seiten Protokoll und behalten mit grosser Ruhe den Überblick. Sie hat eine grosse Achtung vor dieser Leistung und das grosse politisch neutrale Engagement. Dies unterstützt die Arbeit des Parlamentes sehr.

### **Ratsbetrieb / Zusammenarbeit GGR und Gemeinderat**

Beim Teilen der Macht zwischen Gemeinderat und GGR, handelt es sich um eine Partnerschaft, welche sich auch in diesem Jahr nicht optimal entwickelt und ab und zu Frustrationen ausgelöst hat. „Ist ein Gemeindeparlament zeitgemäss.“ Diese Frage hat der Gemeinderat anlässlich der Orientierung zur Behörden- und Verwaltungsorganisation gestellt. Eine Folie, welche uns als Volksvertreter hellhörig werden lassen sollte. Auf einer weiteren Folie wurde ausgeführt: „Besteht genügend politischer Handlungsbedarf für ein 36-köpfiges Parlament.“ Ein Rückblick auf das vergangene Jahr zeigt, dass eine Sitzung ausschliesslich für die Behandlung von parlamentarischen Vorstössen abgehalten wurde. Mehrere Geschäfte betrafen Budget- und Kreditüberschreitungen und wir hatten das Thema unechte Motionen zu behandeln. Der Gemeinderat hatte auf einer weiteren Folie auch schon eine Antwort bereit: „Könnte das Parlament durch ein vereinfachtes fakultatives Referendum und Urnenabstimmungen (keine Gemeindeversammlung) ersetzt werden?“ Ob dies eine gute Lösung wäre, kann man sich nach diesem ersten Jahr der Legislatur durchaus stellen. Was hat der Ratsbetrieb an Änderungen und Verbesserungen für die Gemeinde gebracht? Was wäre ohne den GGR einfach so passiert. Wie viel Zeit hätte man sich sparen können? Was müsste man besser machen? Sie sieht sowohl beim Gemeinderat wie auch beim GGR Optimierungspotenzial. In Zukunft sollte man darauf achten, nur Themen einzubringen, welche wirklich in unserer Kompetenz liegen. Wir sollten nicht versuchen stur an Vorstössen festzuhalten, obschon diese nicht in der Kompetenz des GGR liegen. Bei Themen wie NPM sollten wir uns frühzeitig einbringen und nicht erst bei der Budgetdebatte versuchen, das System zu übertölpeln. Der Gemeinderat müsste den GGR besser informieren (z.B. bei sich abzeichnenden Kreditüberschreitungen und klarere Planung von Aufgaben und Zielsetzungen nach NPM). Im Gegensatz zum GGR muss der Gemeinderat keine Motion starten, um Veränderungen bei den NPM-Produkten anzubringen. Auch bei der Verwaltung sieht sie ein kleines Optimierungspotenzial. Man sollte bei den Vorlagen die Jahrezahlen besser kontrollieren. Wenn man das Parlament nicht mehr hätte, müsste der Gemeinderat häufiger mit der Bevölkerung kommunizieren. Als Beispiel wird die Informationsveranstaltung betreffend Neubau Landi am Faulenbachweg erwähnt. Sie hat diese Veranstaltung als interessierte Bürgerin besucht. Die Gemeinde, die Burgergemeinde Bern sowie die Landi haben zu dieser Veranstaltung eingeladen. Es sind mehr Leute erschienen, als in der Burgerstube Platz gehabt hätten. Es war heiss und stickig. Der erste Teil der Veranstaltung verlief nach Plan. Bei der Fragerunde jedoch nicht mehr. Sie war überrascht vom gehässigen Ton aus den Reihen der Zuhörenden. Sie war überrascht über die verletzenden Angriffe auf die Mitarbeitenden der Verwaltung und sie war überrascht, dass diese weder von der Bauherrschaft, vom Landbesitzer oder vom Ver-

treter des Gemeinderates verteidigt oder geschützt wurden. Sie war auch überrascht, dass die aufgeworfenen Fragen, welche bereits in der Umwelt- und Planungskommission gestellt wurden, bis zur Informationsveranstaltung nicht abgeklärt wurden. Als offiziell gewählte Volksvertreter haben die Mitglieder des GGR keine bestimmte Rolle an solchen Veranstaltungen. Man wird weder separat eingeladen, noch speziell eingebunden. Dies obschon wir Volksvertreter sind. Hier wäre ein grosses Potenzial, wenn der Gemeinderat eine Delegation von GGR-Mitgliedern vorgängig einladen würde und in einer guten, konstruktiven Art nach Lösungen sucht, wie die Bevölkerung orientiert werden kann. Die GGR-Mitglieder könnten bei solchen Veranstaltungen auch als Partner gemeinsam mit dem Gemeinderat auftreten. Ein Höhepunkt im Präsidiarjahr ist sicherlich die 1. August-Feier in der Bucht Spiez. Bei der Vorbereitung dieses Anlasses ist aufgefallen, wie kompliziert die Vorgänge innerhalb der Gemeinde sind, wenn drei 1. August-Feiern in Spiez zu planen sind. Jede Feier ist anders. Die Inserate werden unabhängig voneinander gestaltet und der Koordinationsaufwand ist gross. Die Wurstgeschichte des NPM ist bekannt. Im Jahre 2008 und 2009 hat die Gemeinde durch den Verzicht der Gratisabgabe der Bratwurst rund Fr. 3'000.00 eingespart. Die 1. August-Feier ist eine Einladung an die Bevölkerung. Deshalb hat sie mit der Spiez-Metzg eine spezielle 1. August-Wurst entwickelt. Dank der zeitlich verschobenen Feiern war es ihr möglich, an allen drei Feiern teilzunehmen. In Spiez hat sie die Festrede gehalten. In Einigen auf dem schönen Häslermätteli konnte sie der Festrede von Andi Moser zuhören und in Faulensee konnte sie zum Schluss noch das Tanzbein schwingen. Die Traditionen in den Aussenbäuerten sind eine kulturelle Vielfalt, welche vermehrt beachtet werden muss. Sie hat sich vielleicht deshalb an den Voten der Bäuertvertreter gefreut. Sie setzen sich für wichtige Anliegen ein. Im Jahr 2008 mussten die Bürger Fr. 2.00 für eine Bratwurst berappen. Die Gemeinde übernahm die Kosten für Brot, Senf und Kühlwagen. Nur die Einiger hatten 2008 Glück. Dort hat ein Gemeinderat dem Ortsverein zugesichert, dass die Kosten für die Würste von der Gemeinde übernommen werden. Nun wurde ab 2010 beschlossen, dass die Gemeinde die Würste wieder selber bezahlt. Es fragt sich, was Sinn und Zweck dieser Sparübung war. NPM ein Konzept zur Steigerung der Wirksamkeit der Verwaltung? Sie hat zu Beginn ihrer Amtszeit ausgeführt, dass wir als neugewählte Volksvertreter die Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger von Faulensee, Hondrich, Spiezwiler, Einigen und Spiez tragen müssen. Wir sind 12 Vertreterinnen und 24 Vertreter der Stimmberechtigten. Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Meinung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unsere Überlegungen und Entscheidungen einfliessen lassen. Wenn sie am Ende ihres Präsidiarjahres Wünsche äussern dürfte, wäre dies, dass der Gemeinderat seine vorausschauende Verantwortung wahrnimmt, sorgfältig plant, an umfassende und frühzeitige Information denkt und bei der Realisation von grossen Projekten und Veranstaltungen umsichtiger ans Werk geht. Das Parlament sollte vermehrt als Partner eingesetzt werden und nicht als lästiges Organ, welches stört. Wir müssen unsere Verantwortung als Volksvertreter und unsere Aufgaben wahrnehmen und mit-helfen, die Distanz zum Gemeinderat zu optimieren. Die Bevölkerung sollte einen respektvolleren Umgang mit der Gemeinde und den Angestellten pflegen. Sie wünscht sich ein Spiez, wo man sich gerne politisch engagiert. Ganz im Sinne von „ja wir können“. Dies tönt zwar nicht so modern wie „yes we can“. aber genau darum geht es. Jeder einzelne von uns sollte eine Aufbruchstimmung entstehen lassen und sich beteiligen gemeinsam und partnerschaftlich Verantwortung zu übernehmen, im privaten Umfeld, wie auch in der Gemeinde.

### **Traktandenliste**

78. Protokoll der Sitzung vom 14. September 2009
79. Bibliothek Spiez / Erhöhung Gemeindebeitrag
80. Gemeindevoranschlag 2010
  - a) NPM / Produktdefinitionen
  - b) Gemeindevoranschlag 2010
81. AHV-Zweigstelle Region Spiez / Anschluss an die AHV-Zweigstelle Thun
82. Ausbau Trennsystem Spiezwiler, 2. Etappe / Verpflichtungskredit von Fr. 220'000.00
83. Turnhalle Dürrenbühl / Sanierung Fenster/Duschenanlagen / Verpflichtungskredit von Fr. 298'000.00
84. Uferschutzplanung / Nachkredit
85. Informationen des Gemeindepräsidenten

86. Prüfung Uferwegführung in Faulensee und Einigen / EA M. Roe-Zurbuchen (SVP)
87. Skater-Anlage Bucht / EA W. Holderegger (SP)
88. Uferweg Einigen / EA M. Roe-Zurbuchen (SVP)
89. Schulhaus Räumli / Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann)
90. Einführung freiwilliger Schulsport / Motion B. Gradwell (EDU)
91. Massnahmen Voranschlag 2011 / Motion FDP-Fraktion (U. Gurtner)
92. Wahlen
  - a) Ratsbüro GGR für das Jahr 2010
  - b) Geschäftsprüfungskommission
    - Ersatzwahl GS und SVP
    - Präsidium und Vizepräsidium für das Amtsjahr vom 1. Februar 2010 - 31. Januar 2011
  - c) Sachkommissionen
    - Ersatzwahlen FS
93. Beiträge aus dem freien Ratskredit GGR

## V e r h a n d l u n g e n

### 78 13 Protokoll

#### Protokoll der Sitzung vom 14. September 2009

Das Protokoll wird genehmigt.

### 79 8.61 Gemeindebeiträge

#### Bibliothek Spiez / Erhöhung Gemeindebeitrag

##### Ausführungen des Gemeinderates

**Jolanda Brunner:** Der Verein Bibliothek hat im Jahre 2008 das Gesuch um Erhöhung des Gemeindebeitrages gestellt. Bis anhin betrug dieser Fr. 70'000.00. Es wurde ein Gesuch für einen Gemeindebeitrag von Fr. 90'000.00 gestellt. Der Gemeinderat hat beschlossen, dem Gesuch nachzukommen, wenn die Bibliothek selber auch Fr. 10'000.00 einbringt. Dies konnte erreicht werden und der Gemeinderat beantragt, den Gemeindebeitrag um Fr. 10'000.00 zu erhöhen. Es ist wichtig zu sehen, dass die Bibliothek Spiez sehr viel für die Kultur in der Gemeinde Spiez beiträgt. Sie nützt ihre Mittel optimal aus. Den Zahlen kann entnommen werden, dass sich der Kosten-/Nutzenvergleich durchaus sehen lassen kann.

##### Stellungnahme der Sachkommission Bildung/Kultur

**Evi Hürlimann:** Die Sachkommission Bildung/Kultur hat das Geschäft geprüft. Die Unterlagen sind vollständig, korrekt abgefasst und verständlich. Das Geschäft wurde ordnungsgemäss behandelt und der Verlauf ist nachvollziehbar. Die Sachkommissionsmitglieder erhielten ausführlich Auskunft über die gestellten Fragen. Vor 1997 erhielt die Bibliothek einen Gemeindebeitrag von Fr. 40'000.00. Danach wurde der Beitrag auf Fr. 65'000.00 erhöht. Im Jahre 2001 stellte die Bibliothek den Antrag, den Gemeindebeitrag auf Fr. 85'000.00 zu erhöhen, doch der GGR stimmte einer Erhöhung auf Fr. 70'000.00 zu. Im Jahre 2008 teilte der Gemeinderat der Bibliothek mit, dass man mit einer Erhöhung von Fr. 10'000.00 einverstanden ist, wenn die Bibliothek selber den gleichen Beitrag beibringt. Man kann feststellen, dass sich die Ausleihen um 33 % erhöht haben. Die Auslagen sind seit 2002 um Fr. 33'000.00 gestiegen. Die Löhne des Bibliothekspersonals sind tiefer als der Durchschnitt. Dies sind alles Gründe, dass eine Erhöhung gerechtfertigt ist. Die Sachkommission Bildung/Kultur empfiehlt, dem Geschäft zuzustimmen.

## Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

## Fraktionssprecher

**Pia Hutzli (FS):** Die Bibliothek übernimmt eine wichtige Funktion bezüglich Leseförderung. Die Fähigkeit zum Lesen und Leseverstehen ist eine wichtige, aber leider nicht selbstverständliche Fähigkeit. Die Leseförderung ist für Kinder immer wieder ein Thema. Dabei spielt der Zugang zu Büchern und das Leseverhalten der Eltern eine wichtige Rolle. Personen aus bildungsfernen Bevölkerungsschichten muss ein erleichterter Zugang zu Büchern ermöglicht werden. Mit neuen Medien (DVD, Spiele etc.) sollen neue Kunden angelockt werden, welche sonst keinen Fuss in die Bibliothek setzen würden. Dadurch wird die Schwelle niedriger und die Chance grösser, dass diese Leute auch einmal zu einem Buch greifen. Das Bibliotheksteam leistet einen grossen Einsatz. Dies sollte beachtet und anerkannt werden. Auch das Engagement im Bereich Kultur ist keine Selbstverständlichkeit und bedeutet eine grosse Bereicherung. Die Attraktivität der Bibliothek kann nur gewährleistet werden, wenn die Kosten für die Ausleihe keine Hemmschwelle bedeuten. Eine genügende finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde ist deshalb unabdingbar. Die FS-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates, den Gemeindebeitrag für die Bibliothek um Fr. 10'000.00 zu erhöhen. Es handelt sich zwar nur um einen Kompromiss, hilft aber die steigenden Kosten zu bewältigen.

## Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

## Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40 b) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Der jährliche Gemeindebeitrag für die Bibliothek Spiez wird von Fr. 70'000.00 auf Fr. 80'000.00 erhöht.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

## 80 8.100 Finanzplanung, Voranschlag

### Gemeindevoranschlag 2010

#### a) NPM / Produktdefinitionen

#### b) Gemeindevoranschlag 2010

### Ausführungen des Gemeinderates

#### a) NPM

**Franz Arnold:** Die flächendeckende Einführung von NPM erfolgte per 1. Januar 2008. Die Verwaltungstätigkeiten werden in 21 Produktgruppen zusammengefasst. Die verwendeten Mittel werden in Form des Nettoergebnisses dem GGR unterbreitet. NPM ist eine umstrittene Geschichte, nicht nur in der Gemeinde Spiez. Die Grundidee von NPM ist an und für sich gut. Man will wissen, wel-

che Wirkungen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erzielt werden. Man befindet sich nicht mehr nach dem Detailprinzip, sondern steuert die Verwaltungstätigkeit anhand der Definitionen der entsprechenden Produkte. Dabei soll der GGR die grosse Richtung festlegen. Der Gemeinderat und die Verwaltung sind für die Ausführung verantwortlich. In letzter Zeit haben zwei Motionen gezeigt, dass NPM umstritten ist. Die Motion der FDP-Fraktion betreffend Abschaffung von NPM wurde nicht überwiesen. Die Motion der SVP-Fraktion betreffend vertiefte Analyse von NPM wurde ebenfalls nicht überwiesen. Es wurden ausführliche Debatten hier im GGR geführt. Es lohnt sich die entsprechenden Seiten im Protokoll nochmals nachzulesen. Der Gemeinderat ist in der Pflicht, im Jahr 2011 Bericht über NPM zu erstatten und er wird beantragen, wie es mit NPM weitergehen soll. Die Produktgruppen werden anschliessend einzeln behandelt. Fragen zu den jeweiligen Produktgruppen werden vom jeweiligen Ressortvorsteher beantwortet. Im Weiteren wird auf die Antwort des Gemeinderates auf die einfache Anfrage von Astrid Thöni vom 2. März 2009 verwiesen. Veränderungen im Budget können mittels parlamentarischem Vorstoss im Februar oder spätestens April gefordert werden. Damit können die Änderungen in den Budgetierungsprozess einfließen.

## **b) Gemeindevoranschlag 2010**

Der Gemeinderat hat für den Voranschlag 2010 im Frühjahr 2009 folgende Ziele festgelegt:

- Unveränderte Steueranlage von 1.67
- Selbstfinanzierungsgrad ohne Spezialfinanzierungen mindestens 100 %
- Voranschlag 2010 schliesst ausgeglichen ab

Nach Meinung des Gemeinderates sind alle drei Ziele eingehalten. Das Defizit von Fr. 223'225.00 beträgt 0.3 % des Gesamtaufwandes und liegt daher sicher in der Budgetgenauigkeit. Der Selbstfinanzierungsgrad ohne Spezialfinanzierungen beträgt 119.78 % und damit ist das Ziel der 100 % Selbstfinanzierung übertroffen und es sollte ein weiterer Schuldenabbau möglich sein. Auch das Ziel der unveränderten Steueranlage wird mit dem vorliegenden Budget erreicht. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass für die Beurteilung des Finanzhaushalts der Blick nicht nur auf einzelne Jahre gerichtet wird. Der Gemeindehaushalt soll mittel- bis langfristig beurteilt werden. Wenn wir zurückschauen, dürfen wir sicher mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, dass wir eine gesunde Bilanz ausweisen und in den letzten Jahren die Verschuldung gesenkt werden konnte. Somit darf die Ausgangssituation sicher als gut bezeichnet werden. Richten wir den Blick in die Zukunft, haben wir mit der globalen Wirtschaftskrise, der demographischen Entwicklung, den sozialen Veränderungen unserer Gesellschaft oder ganz banal mit der Bewirtschaftung des Räumlis unterschiedliche Herausforderungen, die den Finanzhaushalt mehr oder weniger beeinflussen werden. Bei der ersten Lesung des Steuergesetzes hat der Grosse Rat eine Steuersenkung beschlossen. Dies wird dem Kanton und den Gemeinden massiv weniger Einnahmen bringen. Sollte sich das Resultat anlässlich der zweiten Lesung im März 2010 nicht ändern, hätte dies zur Folge, dass Spiez rund einen Steuerzehntel weniger an Steuereinnahmen zu verzeichnen hätte (ein Steuerzehntel = Fr. 1.4 Mio.). Das neue Steuergesetz soll ab 2011 in Kraft treten (eventuell gestaffelt). Die wesentlichsten Änderungen gegenüber dem Voranschlag 2009 betreffen:

- Spezialfinanzierung Liegenschaften des Finanzvermögens
- Spezialfinanzierung Mehrwertabschöpfungen
- Lastenausgleich Familienzulagen für Nichterwerbstätige
- Tagesschulangebot
- Lastenausgleich Sozialhilfe

Folgende grössere (steuerfinanzierten) Investitionen sind im nächsten Jahr geplant:

- Verschiedene Projekte Gemeindestrassen (Fr. 1'670'000.00)
- TH Dürrenbühl; Sanierung Fenster / Duschenanlagen (Fr. 300'000.00)
- Freibad – Seebad; Gebäudehülle, Küche, Sanitär (Fr. 250'000.00)
- Belagsanierungen Parkplätze Schulanlagen (Fr. 200'000.00)
- Steg Seegarten - Ländte (Fr. 200'000.00)
- Uferweg Ländte – Weidli, im Bereich Weidli (Fr. 150'000.00)
- Ersatz EDV-Anlage (Fr. 150'000.00)
- Planung Neubau Bibliothek / Ludothek / Verwaltung (Fr. 150'000.00)

## Grössere Investitionen 2011 - 2014

**2011**

- SZ Längenstein, Haus A; Fassade / Blitzschutz Fr. 0.80 Mio.
- Umgestaltung Oberland- / Bahnhofstrasse Fr. 0.50 Mio.
- Uferweg Ländte Einigen – Weidli Fr. 0.27 Mio.
- Ersatz Minigolfanlage Bucht Spiez Fr. 0.25 Mio.

**2012**

- Bibliothek / Ludothek / Verwaltung Fr. 3.00 Mio.
- PSH Hondrich; Sanierung Fassade Fr. 0.50 Mio.
- TH Räumli; Gebäudehülle Fr. 0.35 Mio.
- Kindergarten Einigen; Verkauf / Neubau Fr. 0.30 Mio.

**2013**

- Bibliothek / Ludothek / Verwaltung Fr. 2.50 Mio.
- 2 jähriger Kindergarten Fr. 1.60 Mio.
- SZ Längenstein Haus B; Fassadensanierung Fr. 0.60 Mio.

**2014**

- SA Räumli / Fensterersatz Fr. 0.40 Mio.
- Div. Strassensanierungen Fr. 0.30 Mio.

Der Gemeinderat präsentiert ein ausgeglichenes Budget. Dem GGR wird das Budget mit dem erforderlichen Augenmass und mit Blick auf die allgemeinen Entwicklungen unterbreitet. Das Budget wurde nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. Der Gemeinderat beantragt, dem Budget 2010 zuzustimmen.

**Stellungnahme der GPK**

**Theres Indermühle:** Eine Delegation der GPK hat sich bei Stefan Christen vertieft mit dem Budget auseinandergesetzt. An dieser Stelle wird Kurt Frei und dessen Stellvertreter, sowie Stefan Christen und seinem Team für die grosse Arbeit bestens gedankt. Es wird festgehalten, dass für die GPK die formalen Aspekte des Budgets wichtig sind. Dieses ist auf ordentlichem Weg entstanden, inhaltlich vollständig, ausgeglichen und so vertretbar. Ein Fehler im Dossier wurde von Stefan Christen selber korrigiert (Seite 88). Auf der Ertragsseite wurden die Steuern recht optimistisch budgetiert (besser als vom Kanton empfohlen). Spiez weist relativ stabile Steuerpflichtige auf und hat nur wenig juristische Personen. Die Beurteilung des Gemeinderates fällt wie in den letzten Jahren gleich aus. Der finanzielle Handlungsspielraum ist klein und es kann zu wenig investiert werden. Auch der Grundsatz, dass auf die Übernahme neuer Aufgaben ohne entsprechende Kompensation verzichtet werden soll, wird nach wie vor aufgeführt. Als Beispiel wird die Tagesschule erwähnt, welche mit jährlichen Ausgaben von Fr. 140'000.00 zu Buche schlägt. Es stellt sich die Frage, wo dies kompensiert wird. Einen grossen Einfluss auf das Budget haben die Einlagen in die Spezialfinanzierungen Liegenschaften des Finanzvermögens und Mehrwertabschöpfungen. Ohne diese Einlagen würde das Budget eine halbe Million im Plus abschliessen. Die GPK empfiehlt, den Voranschlag 2010 anzunehmen.

**Eintreten**

Das Eintreten ist unbestritten.

**Die Vorsitzende** weist als Vorbemerkung auf die Einfache Anfrage Astrid Thöni hin, wo der Gemeinderat Folgendes ausgeführt hat: „Anlässlich der Budgetdebatte im GGR sind Anpassungen respektive Abänderungsanträge zulässig, sofern sie neue Aufgaben betreffen. Dabei ist wichtig,

dass die Übersicht jederzeit gewährt ist und die finanziellen und rechtlichen Auswirkungen der Abänderungsanträge auf das Gesamtergebnis klar sind. Ist die Gemeinde rechtlich verbindliche Verpflichtungen eingegangen, gelten diese als gebunden und können nicht aus dem Voranschlag gestrichen werden. Im Rahmen seiner strategischen Führungsaufgabe sollte der Grosse Gemeinderat möglichst prospektiv auf den finanziellen Steuerungsprozess Einfluss nehmen. Das heisst, dass gewünschte Kursänderungen in Form von parlamentarischen Vorstössen möglichst frühzeitig einzuleiten sind.“

## Allgemeine Diskussion

### Fraktionssprecher

**Bernhard Hauck (SP):** Die SP-Fraktion stimmt den Produktgruppenelementen für alle NPM-Produkte zu. Trotz der schlechten Wirtschaftslage präsentiert sich der Voranschlag 2010 nur mit einem kleinen Fehlbetrag. Dieser ist nach Ansicht der SP-Fraktion durchaus vertretbar. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten genügend Sparmassnahmen getätigt. So konnten die regulierbaren Ausgaben nicht aus dem Ruder laufen. Insbesondere beim Sachaufwand wirkt sich der Spardruck positiv aus. Es darf nicht vergessen werden, dass die neuen Spezialfinanzierungen nichts mit den tatsächlichen Ausgaben der Gemeinde zu tun haben. Sie verzerren das Gesamtbild des Budgets erheblich. Bemerkenswert ist die moderate Steigerung des Investitionsvolumens (z. B. Unterhaltskosten für Gemeindestrassen und Sanierungen der gemeindeeigenen Liegenschaften). Es gilt weiter zu bedenken, dass es schon fast zur Tradition gehört, dass die Jahresrechnungen jeweils besser abschliessen als die Budgets. Die SP-Fraktion unterstützt die verantwortungsvolle und nachhaltige Finanzpolitik des Gemeinderates und bedankt sich beim Ressortvorsteher Kurt Frei bzw. seinem Stellvertreter Christoph Hürlimann sowie Finanzverwalter Stefan Christen und seinen Mitarbeitenden. Die SP-Fraktion empfiehlt, den Voranschlag 2010 zur Annahme.

**Jürg Staudenmann (SVP):** Das Budget 2010 wurde von der Finanzverwaltung sorgfältig erstellt. Kurt Frei und seinem Stellvertreter Christoph Hürlimann sowie Stefan Christen und seinem Team wird für die ausgezeichnete Arbeit bestens gedankt. Das Budget beruht auf einer unveränderten Steueranlage von 1.67 Einheiten für die Einkommens- und Vermögensgewinnsteuern und 1.1 ‰ für die Liegenschaftssteuer. Der SVP-Fraktion ist aufgefallen, dass die Personalkosten gegenüber dem Rechnungsabschluss 2008 um ca. 9 % steigen. Dies obschon es im Jahr 2009 praktisch keine Teuerung gibt und eine Personalverminderung durch den Anschluss der AHV an die Stadt Thun zu verzeichnen ist. Der Sachaufwand steigt trotz der wirtschaftlichen Gegebenheiten gegenüber dem Rechnungsabschluss 2008 um 13.5 %. Es muss das Ziel sein, die zwei matchentscheidenden Posten in den Griff zu bekommen. Das Budget rechnet mit einem Ausgabenüberschuss von Fr. 223'225.00. Im Budget sind die Einlagen in die Spezialfinanzierungen Liegenschaften des Finanzvermögens sowie Mehrwertabschöpfungen bereits berücksichtigt. Das entsprechende Reglement betreffend Mehrwertabschöpfungen wird dem GGR in nächster Zeit noch vorgelegt. Wenn man die Einlagen in die Spezialfinanzierungen nicht vornehmen müsste, würde das Budget mit einem Ertragsüberschuss von rund einer halben Million Franken abschliessen. Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass das Resultat einen erheblichen Schuldenabbau ermöglichen und ein positiver Selbstfinanzierungsgrad erreicht werden sollte. Angesichts des politischen Umfelds haben Gemeinden mit ähnlichen Strukturen (z.B. Steffisburg) Steuersenkungen beschlossen. Eine Steuersenkung sollte deshalb für das nächste Budget vorgesehen werden, damit die Steuerpflichtigen entlastet werden können. Die SVP-Fraktion behält sich vor, allenfalls entsprechende Schritte zu beantragen. In diesem Sinne stimmt die SVP-Fraktion dem Budget 2010 zu.

**Urs Gurtner (FDP):** Die alljährliche „Platte“ der FDP tönt auch dieses Jahr wieder gleich. Dies steht auch im Voranschlag auf Seite 12: „Sollen die finanzpolitischen Ziele erreicht werden, müssen dauerhafte Massnahmen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit eingeleitet werden.“ Aber, alle Jahre wieder stellt die FDP fest, dass sich im Voranschlag keine solchen Massnahmen finden

lassen. Statt dessen werden schöne Worte verwendet. Im Berner Oberländer konnte gelesen werden, dass wieder vermehrt investiert werden soll (im Durchschnitt eine halbe Million Franken mehr pro Jahr). Auf Seite 12 kann gelesen werden, dass die voraussichtliche Unterdeckung von rund Fr. 0.5 Mio. über das bestehende Eigenkapital aufgefangen werden kann. Wir können also nicht mehr investieren, weil wir besser wirtschaften, sondern weil wir das Eigenkapital anzapfen. Man will weiterhin den Balanceakt zwischen Schuldenabbau und Investitionen machen. Der Gemeindepräsident hat fast nur von den Investitionen gesprochen. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass man das „Augenmass“ bei der laufenden Rechnung haben sollte. Hier geben wir zu viel aus. Im Weiteren konnte dem Zeitungsbericht entnommen werden, dass man eine rigorose Überprüfung des Sachaufwands in der laufenden Rechnung gemacht hat. Dies stimmt, allerdings erst nach der Überweisung einer entsprechenden FDP-Motion. Die FDP-Fraktion stört sich vor allem an den Aussagen auf Seite 4, wo Geschäfte oder Projekte aufgeführt sind, welche wesentliche Auswirkungen auf den Voranschlag haben. Hier findet man die zusätzlichen Aufgaben. Die FDP-Fraktion fragt sich, wo auf Seite 4 die positiven Ausgaben und Effekte zu finden sind. Es wird erwartet, dass nicht nur gejammert wird, was mehr kostet, sondern dass man in der Finanzplanung aufzeigt, wie die Mehrausgaben kompensiert werden können. Im Vergleich zur Rechnung 2008 geht der Voranschlag 2010 von einem höheren Aufwand von 5.1 % aus. Der Personalaufwand steigt um 8.2 %, der Sachaufwand um 12 %. Wenn man so grosszügig budgetiert, kann man nicht sparen. Wenn man viel zur Verfügung hat, gibt man auch viel aus. Die FDP-Fraktion hat den Eindruck, dass man gar nicht motiviert ist, die Situation zu verbessern. Die eingangs erwähnten dauerhaften Massnahmen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit fehlen auch im Voranschlag 2010. Wir geben zu viel in der laufenden Rechnung aus und können so zu wenig investieren und müssen sogar noch auf das Eigenkapital zurückgreifen. Der Voranschlag 2010 mag aus gemeinderätlicher Sicht aufgehen. Auch die FDP-Fraktion dankt den Verantwortlichen für die grosse, gute und stets korrekte Arbeit. Aber aus Sicht der FDP-Fraktion steht der Voranschlag einmal mehr im Widerspruch zu den gemeinderätlichen Ergebnissen aus der Finanzplanung (Seite 12). Deshalb ist dieser Voranschlag politisch nicht vertretbar. Die FDP-Fraktion wird deshalb dem Voranschlag 2010 nicht zustimmen. Für das Jahr 2011 ist einiges in der „Pipeline“ damit etwas passiert.

### **Allgemeine Diskussion**

Keine Wortmeldungen.

### **Abschnitt- und Produktweise Beratung des Budgets 2010**

#### **Seite 32, Verwaltungsführung**

**Daniel Lanz:** Er kann sich nicht erinnern, dass der Gemeinderat dem GGR neue Aufgaben für dieses Produkt beantragt hat. Die Kosten sind gegenüber der Rechnung 2008 um 14 % gestiegen. Er fragt, wie man innerhalb von zwei Jahren 14 % mehr ausgeben kann, ohne dass man neue Aufgaben übernommen hat. Sollte er keine befriedigende Antwort auf seine Frage erhalten, wird er dagegen stimmen.

#### **Seite 88, Gemeindepolizeiwesen**

**Ernst Haulte:** Gegenüber der Rechnung 2008 steigen die Aufwendungen in diesem Produkt um 22 %. Erklärt wird, dass das Produkt Verkehr in das Produkt Gemeindepolizeiwesen integriert wurde. Andererseits werden Fr. 50'000.00 im Zusammenhang mit der Registerharmonisierung eingespart. Es ist eine Kostensteigerung enthalten, welche er gerne erklärt haben möchte.

**Franz Arnold:** Zum Produktgruppe Verwaltungsführung kann ausgeführt werden, dass zwischen der Rechnung 2008 und dem Voranschlag 2010 drei Jahre liegen. Was ins Gewicht fällt bei diesem Produkt sind die Informatiktechnologien. Dieses Produkt wies im Jahr 2008 Kosten von Fr. 380'000.00 aus und im Voranschlag 2010 Fr. 483'000.00. Dies hat einen Zusammenhang mit wesentlich höheren Wartungsverträgen für EDV-Support (2008 = Fr. 130'000.00, 2010 =

Fr. 190'000.00). Bei diesem Produkt steigen die übrigen Aufwände moderat an. So gesehen ist die Verwaltungsführung vor allem teurer wegen der Wartungsverträge EDV. Der GGR hat keinen Beschluss gefällt, in diesem Produkt neue Aufgaben zu übernehmen. Mit dem EDV-Lieferanten bestehen mittel- bis langfristige Verträge, bei denen die Gemeinde gebunden ist. Hier kann die Gemeinde nicht selber bestimmen, was diese kosten.

**Christoph Hürlimann:** Das Produkt Verkehr wurde neu in die Produktegruppe Gemeindepolizeiwesen integriert. Hier wurden neu die Lohnkosten für Peter Abplanalp, Mitarbeiter Verkehrstechnik, aufgenommen. Diese Kosten von Fr. 135'000.00 wurden neu auf diese Produktegruppe umgelagert. Dies ist der hauptsächliche Grund für die Kostensteigerung in diesem Produkt.

**Stefan Christen, Finanzverwalter:** Die Löhne der Abteilung Sicherheit wurden bisher direkt verrechnet. Neu laufen die Löhne über die Sammelposition Löhne. Der verrechnete Ansatz wird dann dem entsprechenden Produkt belastet. Diese Verrechnung ist höher. Diese interne Verrechnung ist erfolgsneutral und hat auf das Endergebnis keinen Einfluss. Diese Buchung ist erfolgsneutral.

**Christoph Hürlimann** ergänzt, dass diese Verrechnung keinen Einfluss auf die Stellenprozente hat. Diese bleiben gleich.

**Daniel Lanz:** Er dankt für die aufschlussreiche Antwort. Die Wartungsverträge sind um über Fr. 100'000.00 teurer geworden, dies ist erstaunlich. Auf Seite 30 sind unter dem Produkt Informatik drei Produkteziele mit Indikatoren und Standards aufgeführt. Er schlägt vor, den Standard bei den Systemunterbrüchen von einem auf zwei Prozente zu erhöhen. Bei der Zufriedenheit wird der Standard von 90 auf 80 % gesenkt. Die Reaktionszeit wird ebenfalls von 90 auf 80 % gesenkt. Es stellt sich die Frage, wie viele Franken diese Massnahmen bringen werden. Kann man dies ausrechnen, damit man darüber abstimmen kann. Es handelt sich um einen **Antrag**.

**Franz Arnold:** Standards können nicht angepasst werden, welche mit Verträgen und Verpflichtungen zusammenhängen. Er verweist dabei nochmals auf die Antwort des Gemeinderates auf die Einfache Anfrage von Astrid Thöni. „Im Rahmen seiner strategischen Führungsaufgabe sollte der GGR nach Möglichkeit prospektiv auf den finanziellen Steuerungsprozess Einfluss nehmen. Das heisst, dass gewünschte Kursänderungen in Form von parlamentarischen Vorstössen möglichst frühzeitig vor dem Budgetierungsprozess einzuleiten sind. Anlässlich der Budgetdebatte sind Anträge zulässig, sofern sie neue Aufgaben betreffen. Dabei ist es wichtig, dass die Übersicht jederzeit gewährt ist und die Auswirkungen auf das Gesamtergebnis klar sind.“ Es ist klar, dass die Kundenzufriedenheit eine zweifelhafte Grösse darstellt. Aber alle Angestellten der Verwaltung wissen, dass bei einem Ausfall der EDV nichts mehr läuft. Man müsste schon quantifizieren können, welche finanziellen Auswirkungen ein Arbeitsausfall von mehreren Stunden zur Folge hätte. Deshalb müssen Anträge im Februar oder April gestellt werden, damit die finanziellen Auswirkungen berechnet werden können. Die Gemeinde Spiez kann es sich nicht leisten, dass ein EDV-System über längere Zeit nicht funktioniert. Ausserdem ist es schwierig, jedes Jahr den EDV-Anbieter zu wechseln, da verschiedene Abhängigkeiten vorhanden sind, welche kaum gesteuert werden können. Deshalb können die Standards jetzt nicht geändert werden. Die Anträge von Daniel Lanz können deshalb nicht auf das Budget 2010 sondern erst im Hinblick auf das Jahr 2011 gestellt werden.

**Daniel Lanz:** Es ist klar, dass es sich bei seinen Anträgen um einen Witz handelt. Diese können nicht funktionieren. Er akzeptiert trotzdem nicht, dass die Wartungsverträge um rund Fr. 100'000.00 teurer vergeben werden, als in den Vorjahren. Er ist der Ansicht, dass dieses Geschäft beim GGR vorbeigegangen ist. Das Produkt kostet massiv mehr, ohne den Einfluss des GGR. Er hätte letzten Februar erkennen müssen, dass die Verträge im letzten Jahr massiv steigen

werden und dies mit einer Motion korrigieren müssen. So absurd stellt sich dies dar und so viel zum Thema NPM.

**Beschluss** (mit 27 : 6 Stimmen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 31 g) und h) sowie 39 g) und h) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t :

1. Die Produktgruppendefinitionen für die NPM-Projekte

- Politische Führung
- Verwaltungsführung
- Wirtschaft und Tourismus
- Sport
- Volksschule
- Kultur
- Individuelle Sozialhilfe
- Institutionelle Sozialhilfe
- Erwachsenen- und Kinderschutz
- Finanzielle Führungsgrundlagen
- Liegenschaften des Finanzvermögens
- Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
- Raumplanung
- Abfallentsorgung
- Umweltschutz in der Gemeinde
- Baupolizei
- Gemeindestrassen, Plätze und Grünanlagen, Wasserbau, Werkhof
- Abwasser-, Wasser und Kabelnetzversorgung
- Gemeindepolizeiwesen
- Feuerwehr, Zivilschutz und Gemeindeführungsorganisation (GFO)
- Friedhof- und Bestattungswesen

werden genehmigt.

2. Der Voranschlag für das Jahr 2010 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 223'225.00 wird genehmigt.
3. Die Steueranlage der Einkommens-, Vermögens- und Vermögensgewinnsteuer wird unverändert mit 1.67 Einheiten erhoben.
4. Die Liegenschaftssteuer wird unverändert mit 1,1 %o des amtlichen Wertes erhoben.
5. Hundetaxe (wie bisher:
 

- ordentliche Taxe	Fr. 100.00
- anerkannte Dienst-, Rettungs-, Therapie- und Blindenhunde	taxfrei
6. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Art. 31 g) und h) der Gemeindeordnung.
7. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

## 81 1.700 Gemeindepersonal/Verwaltungsabteilungen AHV-Zweigstelle Region Spiez / Anschluss an die AHV-Zweigstelle Thun

### Ausführungen des Gemeinderates

**Franz Arnold:** Den Unterlagen kann entnommen werden, dass der Gemeinderat gemeinsam mit den Abteilungsleitern bereits im Herbst 2007 über die zukünftige Ausrichtung der AHV-Zweigstelle nachgedacht hat. Es wurde ein Anschluss an eine andere Gemeinde oder die Integration in eine andere Abteilung der Gemeindeverwaltung geprüft. Nachdem man eine interne Auslegeordnung vorgenommen hat, wurden die Gemeindepräsidenten von Wimmis und Reutigen ins Bild gesetzt. Es wurde eine interne Abklärung bei den übrigen Verwaltungsabteilungen durchgeführt. Eine Integration in einen dieser Bereiche kam aus verschiedenen Gründen nicht in Frage. Im Oktober 2008 hat man eine Offerte bei der Stadt Thun eingeholt. Diese ist im August 2009 bei der Gemeinde Spiez eingetroffen. Die Vor- und Nachteile einer Übertragung an die Stadt Thun wurden in der Offerte aufgeführt. Der Gemeinderat hat sich mit diesem Geschäft eingehend befasst und die Vor- und Nachteile gebührend gewürdigt. Er ist zum Schluss gekommen, dass die Arbeiten der AHV-Zweigstelle Region Spiez an die Stadt Thun übertragen werden sollen. Die Ausgleichskasse des Kantons Bern deckt 60 % der Beitragspflichtigen und der Leistungsempfänger ab. Daneben gibt es noch Verbandsausgleichskassen, welche schweizweit organisiert sind. Die Verhältnisse in Spiez entsprechen dem schweizerischen Durchschnitt. Verbandsausgleichskassen betreiben keine Zweigstellen. Dieses Geschäft muss im GGR behandelt werden, da es um einen Beschluss im Umfang von Fr. 233'000.00 geht (jährlich wiederkehrend). Es ist ein Geschäft, welches somit klar in die Kompetenz der Volksabstimmung fällt. Der Gemeinderat beurteilt die Übertragung als beste Lösung, sowohl für die Beitragsempfänger, wie auch für die Sicherstellung und die Wahrnehmung dieser Aufgabe.

### Stellungnahme der GPK

**Jürg Staudenmann:** Eine Delegation der GPK hat das Geschäft geprüft. Die Gemeinde Spiez führt seit 2001 die Aufgaben der AHV für die Gemeinden Wimmis und Reutigen. Der entsprechende Vertrag läuft im Jahr 2010 aus. Er kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahr gekündigt werden, ansonsten läuft er weiter. Daneben sind auch noch personelle Änderungen bei der AHV-Zweigstelle Spiez angesagt. Dies hat den Gemeinderat veranlasst, die Strukturen zu überprüfen. Nach einer internen Projektstudie wurden die Gespräche mit der Stadt Thun aufgenommen. Die entsprechende Offerte der Stadt Thun liegt vor. Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 18. November 2009 das Geschäft geprüft und beantragt, aus folgenden Gründen die Übertragung der Aufgaben der AHV-Zweigstelle per 1. Juli 2011 an die AHV-Zweigstelle Thun. Es gibt bessere und professionellere Dienstleistungen, deutlich weniger Kosten für die Gemeinde Spiez (rund Fr. 100'000.00), Nutzung von Synergien und besseres Know-how. Der Nachteil des längeren Weges nach Thun fällt nicht so stark ins Gewicht. Einerseits ist der Weg für die Bewohner von Einigen und Gwatt nach Thun etwa gleich weit, wie nach Spiez. Andererseits führt die AHV-Zweigstelle Thun auch Hausbesuche durch. Das Personal von Spiez kann voraussichtlich nach Thun wechseln. Gesamtheitlich betrachtet überwiegen die Vorteile für eine Übertragung an die AHV-Zweigstelle Thun ganz klar. Deshalb befragt die GPK, dem Geschäft zuzustimmen.

### Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

### Fraktionssprecher

**Peter Beyeler (SP):** Die SP-Fraktion stimmt dem Beschluss zur Übertragung der AHV-Zweigstelle Spiez an die AHV-Zweigstelle Thun zu. Dem Kommentar des Gemeinderates kann entnommen werden, dass für das bisher in Spiez beschäftigte Personal die Möglichkeit besteht, nach Thun zu

wechseln. Selbstverständlich ohne den in Pension gehenden Leiter der AHV-Zweigstelle Spiez. In der heutigen Zeit dreht sich vieles oder fast alles um Effizienz. Die Zentralisierung wurde ebenfalls zu einem Schlagwort. Die Berücksichtigung von lokalen und örtlichen Gegebenheiten, Spezialitäten haben heute keinen Platz mehr. Dies ist nicht nur positiv. Aufhalten können wir diesen Trend jedoch kaum. Auch mit diesem Augenzwinkern kann die SP-Fraktion der Übertragung der Aufgaben der AHV-Zweigstelle Spiez an die AHV-Zweigstelle Thun zustimmen.

**Paul Müller (SVP):** Die SVP-Fraktion hat das Geschäft eingehend geprüft und kommt zum Schluss, dieser Vorlage zuzustimmen. Die ausführlichen Unterlagen mit der Projektstudie, der Offerte der Stadt Thun sowie dem Beschluss des Gemeinderates mit Begründungen sind sehr gute Dokumente. Im Speziellen sind es die Kostengründe, welche für die Gemeinde Spiez sehr positiv ausfallen. Ein Zusammengehen mit der Stadt Thun bietet Vorteile für eine professionelle Beratung und Auskunft, welche über eine täglich lange Zeit sichergestellt ist. Die umfassende Studie des Leiters der AHV-Zweigstelle Spiez, Ernst Steffen, war für die Stadt Thun eine sehr gute Grundlage um uns eine verbindliche Offerte vorzulegen. Für den Weg nach Thun stehen genügend Verkehrsmittel des öffentlichen Verkehrs zur Verfügung. Die SVP-Fraktion kann deshalb diesem Geschäft zustimmen.

### Allgemeine Diskussion

**Urs Gurtner:** Er kann sich nicht entscheiden. Er ist deshalb froh, dass am Schluss das Volk über dieses Geschäft entscheidet. Bekanntlich will er immer sparen. Nun ergibt sich die Möglichkeit, Fr. 100'000.00 einzusparen. Er ist aber auch Volksvertreter. Er ist von einem Bürger angegangen worden und dieser hat ihm mitgegeben, sich gut zu überlegen, welches Zeichen mit diesem Entscheid gegeben wird. Es handelt sich um eine öffentliche Aufgabe, welche nach Thun verlegt wird. Man hat das Gefühl, dass sich Spiez immer mehr aufgibt und zu einem Satellit von Thun wird. Klar tönt es nach nicht viel, wenn zwei oder heute noch drei Arbeitsplätze verloren gehen. Wenn diese nach Thun wechseln, werden diese in Thun zu Mittag essen und auch dort einkaufen oder vielleicht sogar nach Thun umziehen. Der Publikumsverkehr sei zwar nicht mehr so aktuell, gleichwohl ziehen Personen den persönlichen Kontakt dem Mailverkehr vor. Diese kaufen vielleicht noch etwas in den Spiezer Geschäften. Er hat sich überlegt, ob man Spiez von der Grösse her mit den anderen angeschlossenen Gemeinden vergleichen kann (Hilterfingen, Oberhofen, Heiligenschwendi, Zwieselberg). Es fragt sich, warum sich grössere Gemeinden wie Steffisburg, Uetendorf und Heimberg nicht mit Thun zusammenschliessen. Zudem gibt es zu denken, wenn man in Thun für die gleichen Leistungen bei gleicher oder besserer Qualität rund 33 % weniger bezahlen muss. Das letzte Wort werden die Stimmberechtigten haben. Spiez mit 12'500 Einwohnern und einer Ortsmarketing AG sollte sich eine AHV-Zweigstelle (allerdings eine kostengünstigere) leisten können.

**Marianne Roe:** Sie kommt zu einem ähnlichen Schluss wie Urs Gurtner. Trotz der grossmehrheitlichen Zustimmung der SVP-Fraktion würde sie es schade und wenig vorteilhaft für Spiez finden, wenn die AHV-Zweigstelle nach Thun abgegeben würde. Unsere Zweigstelle kann sich sicherlich von der Grösse her zeigen lassen. Statt sinnvolle Stellen wegzugeben, sollte Spiez versuchen eine Zentrumsstellung im Oberland einzunehmen. Thun hat bereits einige Anschlussgemeinden und es werden sich sicherlich noch einige kleinere Gemeinden anschliessen. Wir sollten uns nicht durch jeden kleinen Gewinn kurzfristig verleiten lassen, sondern weitsichtig die Gelegenheit packen und versuchen jede sinnvolle Stelle zu behalten. Man muss auch den weiteren Nutzen solcher Arbeitsplätze betrachten. Jeder der die AHV-Zweigstelle besucht, kommt nach Spiez und wird auch andere Tätigkeiten erledigen (Einkauf, Restaurantbesuch oder sogar einen Besuch in der Bucht). Davon leben Einige in Spiez. Sie empfiehlt, den Antrag des Gemeinderates abzulehnen.

**Die Vorsitzende** ergänzt, dass der Beschluss unter Ziffer 4 wie folgt ergänzt werden muss:

4. Das Ratsbüro GGR wird zur Abfassung der Urnenbotschaft ermächtigt.

**Beschluss** (mit 26 : 2 Stimmen, bei 3 Enthaltungen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 27 b) der Gemeindeordnung

beschliesst zu Handen der Volksabstimmung:

1. Der Übertragung der Aufgaben der AHV-Zweigstelle Region Spiez an die AHV-Zweigstelle Thun per 1. Juli 2011 wird zugestimmt.
2. Für die neue jährlich wiederkehrende Ausgabe von Fr. 233'000.-- wird der entsprechende Verpflichtungskredit bewilligt.
3. Die künftige Anpassung des Abgeltungsbetrages an die jeweiligen Verhältnisse (Personal- und Infrastrukturkosten der AHV-Zweigstelle Thun) gilt als mitbewilligt.
4. Das Ratsbüro GGR wird zur Abfassung der Urnenbotschaft ermächtigt.
5. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

## **82 4.800 Abwasseranlagen**

### **Ausbau Trennsystem Spiezwiler, 2. Etappe / Verpflichtungskredit von Fr. 220'000.00**

#### **Ausführungen des Gemeinderates**

**Klaus Brenzikofer:** Beim Bau eines Trennsystems können auch Kosten eingespart werden. Das Abwasser der Gemeinde Spiez wird beim Verlassen des Gemeindegebietes gemessen. Dafür wird die ARA Region Thun entschädigt. Die ARA selber hat auch ein Problem, da sie für das gereinigte Abwasser einen Beitrag in den kantonalen Abwasserfonds leisten muss. Im letzten Jahr bezahlte die ARA Region Thun Fr. 1.1 Mio. in diesen Fonds. Bei Neubauten wird darauf geachtet, dass man das Wasser versickern lassen kann. Die Beschaffenheit des Untergrundes ist in Spiez jedoch nicht in jedem Gebiet ideal dafür (Gips, Moosboden, etc.). Im Spiezwiler wurden die Gebäude bereits an ein Trennsystem angeschlossen. Dieses System ist bis zum Volg-Laden erstellt. Für das Teilstück beim Beo-Center hat der GGR im letzten Jahr bereits einen Kredit bewilligt. Das Teilstück wurde in der Zwischenzeit erstellt. Es fehlen nun noch zwei Teilstücke. Das Sauberwasser fliesst dann in den Stausee. Wenn man es ganz genau nehmen würde, könnte man noch ausführen, dass wir mit diesem Wasser sogar noch Strom produzieren. Die Kosten von Fr. 220'000.00 werden der Spezialfinanzierung Abwasser belastet.

#### **Stellungnahme der Sachkommission Bau**

**Daniel Lanz:** Die Sachkommission hat sich das Projekt bei der Bauverwaltung erklären lassen. Das Projekt ist technisch unbestritten. Die Kosten sind höher pro Laufmeter, da die Leitung unter der Strasse hindurch geführt werden muss. Es wurde eine vernünftige Reserve im Projekt vorgesehen, da der Graben mittels Schlagvortrieb erstellt wird. Die Sachkommission schlägt vor, die Investition für das letzte Teilstück dieses Trennsystems zu tätigen.

#### **Eintreten**

Das Eintreten ist unbestritten.

## Fraktionssprecher

**Peter Beyeler (SP):** Die SP-Fraktion kann dem Ausbau des Trennsystems Spiezwiler, 2. Etape, zustimmen. Die Trennung von Schmutz- und Sauberwasser ist sinnvoll. Dies gibt für die Gemeinde Spiez eine Entlastung bei den Kosten für die ARA Region Thun und ist ökonomisch und ökologisch absolut richtig. Dieses Bauwerk ist ein einzelnes Mosaiksteinchen, welches schlussendlich zu einem ganzen Bauwerk werden soll. Bis heute sind rund 30 % des geplanten Trennsystems realisiert. Bis das ganze Trennsystem in Spiez Wirklichkeit wird, wird es noch den einen oder anderen Verpflichtungskredit hier zu genehmigen geben und wird uns noch einige Jahre begleiten und beschäftigen.

## Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

## Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40.1 a) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Dem Projekt Trennsystem Spiezwiler, 2. Etappe wird zugestimmt.
2. Hiefür wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 220'000.00 zulasten der Investitionsrechnung (Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung) bewilligt.
3. Die Abrechnung über diesen Kredit ist nach Beendigung der Arbeiten dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

## 83 5.101 Schulräume, Schulhausbauten, Turnhallen Turnhalle Dürrenbühl / Sanierung Fenster/Duschenanlagen / Verpflichtungskredit von Fr. 298'000.00

### Ausführungen des Gemeinderates

**Christoph Hürlimann:** Für diese Sanierung besteht wirklicher Handlungsbedarf. Die Betriebskosten sollten damit tiefer ausfallen. Mit dem Energiestadtlabel sind wir verpflichtet, solche Sanierungen auszuführen.

### Stellungnahme der GPK

**Klaus Aegerter:** Eine Delegation der GPK hat das Geschäft bei Daniel Wyss, Dienstchef Liegenschaften, geprüft. Die Fassade muss saniert werden, dies ist unbestritten. Es wurden Richtofferten eingeholt, welche für die Erstellung des Kostenvoranschlages verwendet wurden. Der Kostenvoranschlag ist nicht sehr detailliert, reicht jedoch für die Abschätzung der finanziellen Auswirkungen durchaus aus. Daniel Wyss wird die Projektleitung für diese Sanierung übernehmen und er garantiert, dass der Kredit ausreichen sollte. Es ist zwingend, die Fenster und die sanitären Anlagen zu sanieren. Die GPK hat festgestellt, dass das Geschäft richtig abgelaufen ist und empfiehlt, diesem zuzustimmen.

## Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

## Fraktionssprecher

**Walter Holderegger (SP):** Die SP-Fraktion hat das Geschäft geprüft. Die Dürrenbühl-Turnhalle stellt eine öffentliche Aufgabe für die Schule und die Erwachsenen dar. Als aktiver Männerturner weiss er dieses Angebot sehr zu schätzen. Bei der letzten Sanierung im Jahre 1998 wurde aus Kostengründen auf eine Sanierung der Fensterfront verzichtet. Damals wurde ein Schrägdach aufgebaut. Im 2006 wurde eine Dusche saniert. Nun soll das Projekt mit der vorliegenden Sanierung abgeschlossen werden. Für die SP-Fraktion ist es wichtig, dass die Gemeinde ihre Liegenschaften zeitgemäss saniert. Mit diesem Projekt kann ein kleiner Beitrag in der gegenwärtigen Krise geleistet werden. Es handelt sich um eine sinnvolle Investition ohne Folgekosten. Im Gegenteil, kann doch energiemässig eine Verbesserung erzielt werden. Die SP-Fraktion kann deshalb dem Geschäft zustimmen.

## Allgemeine Diskussion

**Ernst Hautle:** Unter Ziffer 4 im Antrag steht, dass die Finanzierung aus den laufenden Mitteln erfolgt und zu keiner Neuverschuldung führt. Wie kann ein Kredit zu Lasten der Investitionsrechnung über die laufende Rechnung finanziert werden? Dies kann er nicht ganz nachvollziehen. Ansonsten ist das Geschäft für ihn unbestritten.

**Christoph Hürlimann:** Aus der schematischen Darstellung des Budgets kann entnommen werden, dass dieser Kredit in der Investitionsrechnung enthalten ist. Finanziert wird dieser Kredit aus selbstfinanzierten Mitteln (Finanzierungsüberschuss).

**Ernst Hautle:** Die Finanzierung erfolgt aus den laufenden Mitteln und führt zu keiner Neuverschuldung. Christoph Hürlimann hat eben ausgeführt, dass es zu einer Neuverschuldung kommt. Warum wird diese Investition aus den laufenden Mitteln bezahlt?

**Christoph Hürlimann:** Die Investitionsrechnung gehört auch in die laufende Finanzierung. Diese Investition geht zu Lasten der Investitionsrechnung. Es gibt keine Neuverschuldung, da ein Selbstfinanzierungsüberschuss vorgesehen ist. Wir können diese Investition mit eigenen Mitteln finanzieren.

## Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40.1 a) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Dem Projekt Sanierung Fenster/Duschenanlagen Turnhalle Dürrenbühl wird zugestimmt.
2. Hiefür wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 298'000.00 zulasten der Investitionsrechnung bewilligt.

3. Die Abrechnung über diesen Kredit ist nach Beendigung der Arbeiten dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

## **84 4.200 Ortsplanung, Ueberbauungsordnungen Uferschutzplanung / Nachkredit**

### **Ausführungen des Gemeinderates**

**Stefan Kocherhans:** Nachkredite sind nie erfreulich. Die Gemeinde muss die anfallenden Kosten der Einsprache- und Beschwerdeführenden ganz übernehmen. Hier hat die Gemeinde keinen Handlungsspielraum. Der aktuelle Stand bei den beiden noch hängigen Uferschutzplanungen ist wie folgt: Der Uferschutzplan Einigen - Tellergut West ist beim Kanton noch hängig. Je nach Entscheidung des Kantons können die Beschwerdeführenden die Entscheidung noch bis vor das Bundesgericht weiterziehen. Bei der Uferschutzplanung Faulensee hat der Gemeinderat Beschwerde gegen den Entscheid des kantonalen Amtes für Gemeinden und Raumordnung eingereicht (Steglösung vor dem Hotel Seeblick). Bei der Parzelle „Chez Ruedi“ sieht es nun danach aus, dass eine Einigung erzielt werden kann. Es ist jedoch noch mit weiteren Kosten zu rechnen. Aus politischer Sicht ist die Ländte und der Uferschutzplan Einigen immer noch ein Thema. Der Gemeinderat möchte den „Puck“ nicht immer zwischen BLS und Gemeinde hin- und herschieben, wie dies unterstellt worden ist. Deshalb wurde im Investitionsplan der Uferweg Spiez - Einigen im Jahr 2011 aufgenommen. Sollten die Beschwerden bis vor Bundesgericht weitergezogen werden, könnte sich die Ausführung verzögern. Es ist klar der politische Wille des Gemeinderates, den Uferweg so rasch als möglich zu realisieren.

### **Stellungnahme der Sachkommission Umwelt/Planung**

**Markus Kiener:** Die Sachkommission Umwelt/Planung hat das Geschäft geprüft. Der Sachbearbeiter Planung, Ueli Schneider, hat die Mitglieder über das Geschäft und den Stand der Planung orientiert. Die eigentlichen Planungskosten sind abgerechnet. Einzig die „Juristerei“ (Kosten der Entschädigungen und die Aufwendungen des Beschwerdeverfahrens) verzögert die Planung und löst höhere Kosten aus. Gegenwärtig ist das Verfahren noch beim Verwaltungsgericht hängig. Die Gemeinde muss die Kosten tragen, auch wenn die Beschwerdeführenden nicht Recht erhalten. Mit diesem Nachkredit sollten die Kosten gedeckt sein, auch wenn das Verfahren bis vor Bundesgericht weitergezogen wird. Die Sachkommission Umwelt/Planung empfiehlt, dem Nachkredit zuzustimmen.

### **Eintreten**

Das Eintreten ist unbestritten.

### **Fraktionssprecher**

**Theres Indermühle (FS):** Die FS-Fraktion bekundet keine Freude an dieser leidigen, langfädigen Uferschutzplanungsgeschichte, welche immer teurer wird. Man fragt sich, was passieren würde, wenn der GGR diesen Nachkredit nicht bewilligen würde. Warum muss die Gemeinde die Kosten der Einsprache- und Beschwerdeführenden übernehmen, auch wenn diese abgewiesen werden?

**Stefan Kocherhans** erklärt, dass dies gemäss See- und Flussufergesetz so geregelt ist. Die Gemeinde hat gemäss Auskunft von Ueli Schneider, Sachbearbeiter Planung, keine andere Wahl als diese Kosten zu übernehmen.

## Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

### Beschluss (mit grossem Mehr)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40.1 a) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Dem Nachkredit von Fr. 87'000.00 für die Uferschutzplanung wird zugestimmt.
2. Die Abrechnung über diesen Kredit ist nach Beendigung der Arbeiten dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

## 85 1.401 Gemeindepräsident Informationen des Gemeindepräsidenten

### Liegenschaftsverkäufe

**Franz Arnold:** Der Gemeinderat hat die vom Grossen Gemeinderat zum Verkauf freigegebenen Liegenschaften des Finanzvermögens ausgeschrieben. Einige Liegenschaften konnten bereits verkauft werden. Bei anderen Liegenschaften werden noch Verhandlungen geführt. Die Liegenschaft Kapellenstrasse 3 konnte an eine junge, einheimische Familie verkauft werden. Die Liegenschaft Leimernweg 8 konnte ebenfalls einer jungen, einheimischen Familie verkauft werden. Die Eltern der Käuferin sind langjährige Mieter dieses Wohnhauses. Die Liegenschaft Frutigenstrasse 13 konnte einer einheimischen Unternehmergruppe verkauft werden. Diese beabsichtigen, das bestehende Wohnhaus abzureissen und auf dem Bauland ein Wohn- und Geschäftshaus zu erstellen. Die Liegenschaft Kornweidliweg 21 und 23 konnte einem Interessenten verkauft werden, dessen Mutter in einer Nachbarliegenschaft wohnt. Er wird versuchen, die Zufahrtssituation für alle drei Liegenschaften zu verbessern. Die Liegenschaft kann in einem gewissen Sinne wieder in den Familienbesitz des Käufers zurückgeführt werden. Es konnten bei allen Liegenschaften geeignete Käufer berücksichtigt werden mit „enkeltauglichen“ Lösungen. Auch die Verkaufspreise bewegen sich über den vom GGR genehmigten Mindestverkaufspreisen.

### Bahnhofumbau

Die BLS plant bekanntlich einen grösseren Umbau des Bahnhofsgebäudes. Es gab Einsprachen gegen die geplanten zusätzlichen oberirdischen Parkplätze. Nach den Einigungsverhandlungen wurde eine Teilbaubewilligung erteilt, damit mit den Bauarbeiten im März 2010 begonnen werden kann. Die Thematik der zusätzlichen Parkplätze soll in das Projekt „Swing“ (Umgestaltung Bahnhof- und Oberlandstrasse) einbezogen werden.

### Energie-Rating

Unter 24 energierelevanten Berner Gemeinden fand ein Energie-Rating statt. Dabei wurden die Teilbereiche Mobilität, Energie und Umweltschutz analysiert und bewertet. Es konnte festgestellt werden, dass die Bemühungen der Gemeinde in diesem Bereich zu einem erfreulichen Ergebnis geführt haben. Im Berner Oberland belegen wir den ersten Rang. Gesamthaft ist die Gemeinde Spiez auf dem 9. Gesamtrang gelandet.

## Minergie-Rating

Bei diesem Rating hat die Gemeinde Spiez bei den grösseren Gemeinden und Städten des Kantons Bern den zweiten Rang erreicht. Nur die Gemeinde Zollikofen rangiert vor uns. Die Bemühungen der Gemeinde Spiez betreffend Minergie haben sich gelohnt.

## Kinderarztpraxis Spiez

Die neue Kinderarztpraxis wird voraussichtlich am 1. März 2010 im Terminus-Gebäude eröffnet.

## Anstellung Schulleitungen

**Jolanda Brunner:** Am 1. August 2009 hat der neue Hauptschulleiter, Toni Ballet, seine Arbeit aufgenommen. Nun wurde die zweite Umsetzungsphase in Angriff genommen. Ziel der neuen Schulkommission ist es, die Schulleitungen zu reduzieren. Im Oberstufenzentrum Längenstein gibt es seit diesem Schuljahr nur noch einen Schulleiter. Dadurch konnte eine Reduktion auf fünf statt auf sechs Schulleitungen erreicht werden. Im Längenstein betragen die Schulleitungsprozente 90 - 100 % und für die Primarschulhäuser vier Schulleitungen zwischen 60 - 70 %. Die Schulkommission hat die Schulleitungen nun wie folgt bestimmt:

Einigen / Besondere Massnahmen	Benjamin Lüthi
Spiezmoos / Faulensee	Regula Bürgin
Räumli / Spiezwiler	Martin Knecht
Hofachern / Hondrich	Kurt Mühlethaler
Längenstein	Michel Weber

Damit sind die personellen Umwälzungen vollzogen. Es ist nun frühzeitig klar, wie es im nächsten Jahr weitergeht. Die Lehrkräfte haben diesen Beschluss heute Morgen mitgeteilt erhalten, die Schulleitungen bereits am Wochenende und die Eltern erhalten am Dienstag ein entsprechendes Schreiben.

## 86 1.304 Einfache Anfragen

### Prüfung Uferwegführung in Faulensee und Einigen / EA M. Roe-Zurbuchen (SVP)

#### Ausführungen des Gemeinderates

**Stefan Kocherhans:** Die Antwort des Gemeinderates liegt ausführlich vor.

**Marianne Roe** zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

## 87 1.304 Einfache Anfragen

### Skater-Anlage Bucht / EA W. Holderegger (SP)

**Walter Holderegger:** Die Skater-Anlage wurde im 1999/2000 im Rahmen der Buchterneuerung geplant und gebaut. Seither wurde diese Anlage kontinuierlich erneuert und weiter ausgebaut. In der vergangenen Woche 48. des laufenden Jahres wurde durch den gemeindeeigenen Werkhof die Skater-Anlage in der Spiezerbucht einmal mehr teilweise erneuert und erheblich weiter ausgebaut. Diese Skater-Anlage war seinerzeit als Treffpunkt für die einheimische Jugend vorgesehen. Nun aber zieht diese immer weiter ausgebauten Anlage immer mehr auch Jugendliche und Junggebliebene aus der ganzen Region an. Neben der dazu vorgesehenen Skater-Anlage wird von übermütigen Skatern zunehmend auch See- und Schachenstrasse, die Innenrampe des Parkhaus Stedtli (vor allem Nachts) sowie weitere Anlagen, wie Parkbänke etc. als Übungsfeld für ihre kühnen Sprünge benützt. Die unmittelbaren Nachbarn sind über diese Anlage für Jugendliche und deren zunehmenden Immissionen überhaupt nicht erfreut. Sie haben bereits mehrmals erfolglos bei der Gemeinde Reklamationen angebracht. Bei niederschlagsfreiem Wetter wird diese Anlage ganztags

bis in die späten Abendstunden hinein mit erheblichem Lärm (schlagartiges Knallen durch das Aufprallen der Skater-Bretter nach Sprüngen auf dem harten Boden) benützt. Verunreinigungen mit Flaschen, Verpflegungsrückständen etc. sind leider ebenfalls zunehmend.

Zum laufenden Ausbau dieser Anlage stellen sich folgende Fragen:

1. Wer ist für Aufsicht, Betrieb und Unterhalt dieser Skater-Anlage zuständig?
2. Sind die planerischen und baurechtlichen Vorgaben der Schutzzone Spiezerbucht vollumfänglich eingehalten? Wer ist dafür zuständig?
3. Wurde von der Gemeinde ein ordentliches Baugesuch für den eben ausgeführten erheblichen Ausbau der Anlage eingereicht?
4. Wird eine angemessene nachbarschaftliche Fairness beachtet?
5. Wie wird der kürzlich vorgenommene Ausbau finanziert?

Als damaliges Kommissionsmitglied Buchtplanung 1999 geht es ihm keineswegs darum, dieses Angebot für die einheimische Jugend, einfach einzuschränken. Ein schleicher Ausbau aber kann kaum der Weg einer konzilianteren, sinnvollen Belebung der Bucht nützlich sein. Das schmerzhafteste Scheitern der Kneipp-Oase im vergangenen Frühling ist noch nicht überall verarbeitet. Diese Skater-Anlage durch ein „Mehr oder gar nichts“ mit zu erwartenden privatrechtlichen Reaktionen wie bei der Kneipp-Oase zu gefährden, wäre aus seiner Sicht nicht im Sinn der Spiezer Bevölkerung.

Die Einfache Anfrage wird anlässlich der nächsten Sitzung beantwortet.

## **88 1.304 Einfache Anfragen** **Uferweg Einigen / EA M. Roe-Zurbuchen (SVP)**

**Marianne Roe:** Betrifft: Realisierung des Uferwegs in Einigen / Teilstück Einigen – Tellergut West.

Aus der Antwort auf ihre einfache Anfrage vom 14. September geht hervor, dass die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion dieses Teilstück bis heute nicht abschliessend genehmigt hat. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung verweigerte 1995 die Genehmigung der Dorfstrasse als Uferweg, da sie den Anforderungen eines Uferweges gemäss Gesetz über See- und Flussufer nicht genüge. Durch Abweisung der Beschwerde des Gemeinderates lehnte auch die kantonale Justiz-, Gemeinde und Kirchendirektion, das Verwaltungsgericht des Kantons Bern sowie das Bundesgericht die Dorfstrasse als Uferweg ab. Danach hatte die Gemeinde die weitere Bearbeitung sistiert. Nachdem am 5. September 2000 der Grosse Rat des Kantons Bern eine Änderung des See- und Flussufergesetzes (SFG) beschloss und am 1. Mai 2001 in Kraft gesetzt hatte, hatte der Gemeinderat u.a. aufgrund der angeblichen neu geltenden gesetzlichen Grundlagen einen neuen Entwurf für die Uferschutzplanung ausarbeiten lassen.

Frage:

Hatte man ausser Acht gelassen, dass diese neuen gesetzlichen Grundlagen nicht für bereits beschlossene Uferschutzpläne galten, deren Verfahren noch hängig waren; denn diese müssen nach bisherigem Recht (Recht vor dem 1. Mai 2001) zu Ende geführt werden (siehe in Antwort EA vom 14. September, Seite 2 oben). Bei dieser Rechtslage würde es verständlich erscheinen, dass die Eigentümer des Tellergutes sich dagegen wehren, dass eine Wegführung im Dorf nicht direkt am Seeufer geführt werden muss, jedoch auf ihrem Grundstück darauf bestanden wird.

Der Gemeinderat wird gebeten, diese Frage mit der zuständigen Stelle, d.h. mit der kantonalen Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion abzuklären und zu sehen, ob der Kanton eventuell ersatzweise die nötigen Vorkehren treffen kann.

Die „Einiger“ möchten endlich Taten sehen!

Die Einfache Anfrage wird anlässlich der nächsten Sitzung beantwortet.

## 89 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Schulhaus Räumli / Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann)

### Ausführungen des Gemeinderates

**Christoph Hürlimann:** Das Räumli stellt für die einen ein Problem dar für andere ist es eine „Milchkuh“. Der Mietvertrag läuft im 2014 ab. Jürg Staudenmann hat eine Motion eingereicht, dass der Gemeinderat in dieser Angelegenheit aktiv wird. Der Gemeinderat kann die Stossrichtung der Motion unterstützen. Unglücklicherweise hat sich die Motion mit Ideen des Kantons gekreuzt, wonach 75 Schüler des BFF neu in Spiez unterrichtet werden sollen. Die Vertreter des Kantons waren dadurch etwas vor den Kopf gestossen. Die Lage hat sich in der Zwischenzeit aber wieder beruhigt. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass es nicht einfach wäre, das Räumli zu verkaufen. Es ist wichtig, dass man rechtzeitig schaut, was man machen will. Der Gemeinderat ist aber der Ansicht, dass eine Weiterführung des Mietvertrages mit dem Kanton mit vernünftigen Bedingungen für die Gemeinde eine gute Lösung darstellen würde. Deshalb ist der Gemeinderat bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

### Stellungnahme des Motionärs

**Jürg Staudenmann:** Der Kanton hat die Gemeinde auch schon im Regen stehen lassen, was das Räumli betraf. Von dort her hat er keine Angst „Feuer zu entfachen und den Topf zum Kochen“ zu bringen. Man kann nicht immer zuwarten, bis sich der Kanton entscheidet. Es ist wesentlich, welche Bedingungen mit dem Kanton ausgehandelt werden können. Eine Weitervermietung zu jedem Preis bringt der Gemeinde gar nichts. Die SVP-Fraktion kann sich mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden erklären. Man erwartet aber Mitte des nächsten Jahres Auskunft über den Stand dieses Geschäftes. Ansonsten müsste man sich weitere Schritte vorbehalten.

### Fraktionssprecher

**Eliane Baumann (SP):** Für sie ist das Räumli keine „Milchkuh“ sondern der Arbeitsplatz. Es ist schön, dass man Vertrauen hat in die Leute, welche die Verhandlungen führen. Es ist gut, wenn man abwartet und im 2010 weiterschaut. Die Mitglieder der SP-Fraktion sind betreffend Überweisung des Postulates gespaltenen Meinung.

**Urs Gurtner (FDP):** Die FDP-Fraktion hätte sich eigentlich erhofft, dass die SVP-Fraktion an der Motion festhält. Der Gemeinderat hätte bis 2011 Zeit gehabt. Es handelt sich um eine sehr wichtige Frage. Ein Postulat ist eigentlich zu unverbindlich. Die FDP-Fraktion kann der Überweisung des Postulates trotzdem zustimmen.

### Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

### Beschluss (mit grossem Mehr)

Das Postulat der SVP-Fraktion (J. Staudenmann) betreffend Schulhaus Räumli wird überwiesen.

## 90 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Einführung freiwilliger Schulsport / Motion B. Gradwell (EDU)

### Ausführungen des Gemeinderates

**Franz Arnold:** Diese Motion wurde bereits im März 2009 eingereicht. Mit dem Einverständnis der Motionärin wurde zweimal eine Fristerstreckung gewährt. Die Sportkommission hat vertiefte Abklärungen vorgenommen. Insbesondere wurde bei den Vereinen eine Umfrage durchgeführt. Diese hat positive Rückmeldungen gebracht. Unter Würdigung aller Umstände ist der Gemeinderat zum Schluss gekommen, die Motion zu überweisen. In Anbetracht der sozialen Gegebenheiten (fehlende Bewegung der Schulkinder) sollte jegliches Bestreben und jede Massnahmen unterstützt werden, dass sich junge Menschen vermehrt bewegen. Dieses Angebot kann aber nicht eingeführt werden, ohne dass die öffentliche Hand sich finanziell beteiligt. Es muss dabei aber auch an die Folgekosten gedacht werden, welche damit eingespart werden können. Mit dem freiwilligen Schulsport gibt es auch gewisse Abgrenzungsprobleme. Diese müssen in einem noch auszuarbeitenden Konzept gelöst werden.

### Stellungnahme der Motionärin

**Barbara Gradwell:** Bei der Budgetdebatte wird immer wieder betont, wie wichtig Investitionen sind. Der freiwillige Schulsport ist auch eine Investition in unsere Schulkinder. In einer Zeit wo Bewegungsarmut und Übergewicht immer mehr zunehmen, ist der freiwillige Schulsport ein attraktives und gesundes Angebot. Es ist erfreulich, dass sich bei den Abklärungen der Sportkommission so viele Vereine gemeldet haben. Das Angebot richtet sich vor allem an jüngere Schulkinder. Man weiss, dass Sport zu einer gesunden Entwicklung beiträgt. Der freiwillige Schulsport ist in vielen Gemeinden eingeführt. Dieses Angebot stellt keine Konkurrenz für die Sportvereine dar. Die Schulkinder können diverse Sportarten kennen lernen. Es ist jedem Verein freigestellt, ob er ein Angebot im freiwilligen Schulsport anbieten wird. In Steffisburg führt der Handballclub aus, dass die besten Spieler über den freiwilligen Schulsport gefunden wurden. In anderen Gemeinden konnte festgestellt werden, dass es eine gewisse Zeit braucht, bis das Angebot bekannt ist. Eine zweijährige Projektphase findet sie etwas kurz. Es ist zu hoffen, dass zwei Jahre ausreichen, um das Angebot bekannt zu machen. Sie ist erfreut, dass sich so viele Vereine gemeldet haben, ein Angebot anzubieten.

### Fraktionssprecher

**Albert Trummer (SP):** Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass wir in der Gemeinde Spiez ein überdurchschnittliches Sportangebot für Kinder und Jugendliche haben. Es ist aber zu befürchten, dass Kinder, welche Bewegung nötig hätten, schwer zu bewegen sind, solche Angebote zu besuchen. Es liegt in erster Priorität an den Eltern, ihre Kinder dazu zu bewegen, in einem bestehenden Sportangebot mitzumachen. Trotzdem ist die SP-Fraktion der Ansicht, dass die Motion in die richtige Richtung geht. Alle präventiven Massnahmen sind besser, als wenn die Folgekosten über das Gesundheitswesen oder die Sozialen Dienste abgewälzt werden müssen. Die SP-Fraktion kann der Überweisung der Motion deshalb zustimmen.

**Ernst Hautle (FDP):** Schulkinder, welche sich bisher nicht sportlich betätigt haben, sollen nun an schulfreien Nachmittagen oder nach der Schule Sport betreiben. Er befürchtet, dass sich hier Kinder melden werden, welche bereits genügend Sport machen. Wie will man dies vermeiden?

**Barbara Gradwell:** Es ist vorgesehen, die Angebote zwei Mal pro Jahr auszuschreiben und zwar über die Schule. So soll der freiwillige Schulsport bekannt gemacht werden. Spiezer Vereine haben in den letzten Jahren Schnuppertrainings durchgeführt. Das Echo darauf war sehr gross. Durch die Ausschreibung über die Schule sollte es einen Anreiz auch für sportferne Familien geben. Die Kinder können verschiedene Sportarten ausprobieren. Die Hürde zum Beginnen ist viel

kleiner und das Angebot endet nach einem halben Jahr. Der Einstieg bei einem Verein mit Mitgliederbeitrag ist für viele eine grössere Hürde. Sie ist sicher, dass das Angebot genutzt wird.

**Ernst Hautle (FDP):** Als Präsident des FC Spiez ist er dem Sport verbunden. In der Gemeinde Spiez gibt es ein enorm grosses und breites Angebot an Sportvereinen. In diesen Vereinen wird mit grossem Einsatz freiwillig und fast unentgeltlich gearbeitet. Mit dem freiwilligen Schulsport konkurrenziert die Gemeinde mit öffentlichen Geldern die Vereine. Die Kinder müssten nämlich überzeugt werden, in einen Verein überzutreten. Warum sollten sie dies machen, wenn der Schulsport fast gratis angeboten wird. Die Trainer werden pro Lektion entschädigt, hier können die Vereine nicht mithalten. Es ist zu befürchten, dass einige Trainer lieber beim Schulsport mitmachen, da sie mehr Geld verdienen. Für ihn ist es eine grosse Illusion, dass über den Schulsport Talente entdeckt und Kindern Freude am Sport vermittelt werden können. Kinder mit Talent sind meistens schon genügend sportlich engagiert. Viele Vereine bieten bereits Schnuppertrainings an. In Spiez gibt es 45 Sportvereine. 9 davon haben sich auf diese Umfrage hin gemeldet. Er lässt es im Raum stehen, ob man bei dieser Umfrage von einem positiven Ergebnis sprechen kann. Er ist nicht sicher, ob die Art und Weise der Ausschreibung der Kurse ausreicht, um die Kinder abzuholen. Ein Vergleich mit anderen Gemeinden bereitet ihm immer etwas Mühe. Es stellt sich im Weiteren die Frage, warum die Gemeinde eine solche Aufgabe mit Kostenfolgen übernehmen soll, welche bereits auf freiwilliger Basis besteht und bestens funktioniert. Die Gemeinde soll wieder eine neue Aufgabe übernehmen, welche rund Fr. 15'000.00 kostet. Es stellt sich die Frage, wo dies kompensiert werden soll. Aus diesen Gründen bittet er, der Überweisung nicht zuzustimmen, da bereits ein solches Angebot vorhanden ist.

**Evi Hürlimann (FS):** Sport ja, unbedingt! Der Vorredner hat aber bereits ausgeführt, dass wir in Spiez bereits ein sehr gutes Angebot haben. Schulsport wurde in Spiez bereits früher einmal durchgeführt, aber auf freiwilliger Basis. Wenn die Motion überwiesen wird, müsste man gut hinschauen, wie die Regelung der Leiterentschädigung gehandhabt wird. Was geschieht mit den J+S-Geldern? Es müsste ein schlanker Aufbau gefunden werden, da die Gemeinde (Verwaltung) die Administration übernehmen muss. Die FS-Fraktion ist geteilter Meinung und lässt diese Frage zur Zeit noch offen.

**Markus Kiener (EVP):** Rund 33 Jahre lang hat er freiwilligen Schulsport angeboten. Vor 30 Jahren gab es eine gleiche Diskussion hier im GGR. Mit einer Stimme Unterschied wurde das Anliegen abgelehnt. Für ihn war es eine Motivation, Schulkinder von der Strasse wegzuholen. Er unterrichtete Kinder von der 4. - 9. Klasse. Sie hatten Interesse und waren motiviert. Es gab verschiedene Sportarten. Viele sind später einem Verein beigetreten (Fussballclub oder Handball). Als Beispiel wird Martin Rubin genannt, welcher zuerst den Schulsport besuchte, bevor er dem Handballclub beitrat und später einer der besten Handballspieler der Schweiz wurde. Die Hemmschwelle ist sicherlich tiefer, wenn Sportkurse von der Schule angeboten werden. Die Eltern können entscheiden, welche Angebote ihre Kinder besuchen können und sie sind sicher, dass die Schule dahinter steht. Positiv ist, dass Kinder von relativ klein an, zu einer gewissen Bewegung animiert werden. Sie bekommen Freude daran und kommen später gerne in einen Verein. Weiter positiv zu erwähnen ist, dass die Angebote koordiniert werden. Es finden nicht alle Angebote zur gleichen Zeit statt. Die EVP-Fraktion kann der Überweisung zustimmen.

### Allgemeine Diskussion

**Klaus Aegerter:** Er kann das Votum von Markus Kiener unterstützen. Es ist schwierig, das Angebot des freiwilligen Schulsports mit anderen Gemeinden zu vergleichen. Es ist aber ganz wichtig, dass es sich um ein niederschwelliges Angebot handelt. Schulkinder können relativ einfach in Kontakt kommen mit verschiedenen Sportarten. Es ist keine Konkurrenz für einen Fussballclub. Der freiwillige Schulsport kann keine Fussballspiele am Samstag anbieten. Dafür müssen die Kinder dem Verein beitreten. Kinder wollen sich vergleichen und richtige Spiele spielen. Es wurde nicht

ausgeführt, dass die Anzahl der Rückmeldungen positiv ist, sondern die Rückmeldungen selber waren alle positiv. Er kann der Überweisung der Motion ebenfalls zustimmen.

**Reto Gerber:** Es handelt sich um ein interessantes Thema. Als Mitglied der Sportkommission ist es für ihn wichtig, dass es in Spiez ein gutes Angebot an Sportmöglichkeiten gibt. Auf der anderen Seite stellt sich für ihn die Frage, ob wirklich die Kinder angesprochen werden, welche man bisher noch nicht zum Sporttreiben bewegen konnte. Werden diese Kinder die Angebote des freiwilligen Schulsports besuchen? Er denkt, dass man eher Kinder ansprechen wird, welche bereits Sport treiben. Als angefressener Sportler ist er der Ansicht, dass es in Spiez bereits ein breites und gutes Sportangebot gibt. Es gibt gute Nachwuchsförderungen. Es gibt auch Möglichkeiten mit Schnuppertrainings als Starthilfe. Hier gibt es immer viele Interessenten, welche dieses Angebot nutzen. Deshalb kann er der Überweisung der Motion nicht zustimmen.

**Anna Fink:** Wenn nur bereits die Chance besteht, Kinder zu bewegen, welche bisher nicht so sportbegeistert sind, dann lohnt es sich, der Überweisung der Motion zuzustimmen. Da das Angebot von der Schule kommt und niederschwellig ist, lohnt es sich. Es macht auch Sinn, eine zweijährige Projektphase zu starten. Danach kann man beurteilen, welche Reaktionen und Ergebnisse erzielt wurden und wie sich das Projekt auf die Vereine ausgewirkt hat.

**Die Vorsitzende** ergänzt, dass es aus ihrer Sicht wichtig ist, dass es für Kinder und Erwachsene einen Zusatznutzen bringt, wenn sie sich mehr bewegen.

**Beschluss** (mit 22 : 9 Stimmen, bei 2 Enthaltungen)

Die Motion B. Gradwell (EDU) betreffend Einführung freiwilliger Schulsport wird überwiesen.

## **91 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Massnahmen Voranschlag 2011 / Motion FDP-Fraktion (U. Gurtner)**

Der Gemeinderat wird beauftragt, bei der Erstellung des Voranschlags 2011 Massnahmen zu ergreifen, welche die Selbstfinanzierung nachhaltig und spürbar verbessern. Im Voranschlag 2011 sind entsprechende Budgetkürzungen im Vergleich zur Rechnung 2009 vorzusehen. Die Nettoinvestitionen dürfen im Vergleich zu den Vorjahren nicht gekürzt werden. Ein Finanzierungsfehlbetrag ist zu vermeiden.

Begründung:

Die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde wird wegen stetig steigender Ausgaben in der laufenden Rechnung immer kleiner. Mit der Steuergesetzrevision 2011 und dem neuen Finanz- und Lastenausgleich 2012 kommen erhebliche Mehrbelastungen auf uns zu. Schätzungen gehen alleine beim neuen FILAG von 0.3 Steuerzehntel aus, was heute Fr. 435'000.00 entspricht. Werden keine Gegenmassnahmen ergriffen, wird sich die Selbstfinanzierung weiter verschlechtern. Budgetkürzungen und damit Einsparungen in der laufenden Rechnung sind die einzige Möglichkeit die zu erwartende Mehrbelastung aufzufangen, soll die ohnehin ungenügende Investitionstätigkeit nicht noch weiter heruntergefahren werden.

Der Motionär U. Gurtner und 12 Mitunterzeichnende.

## 92 1.300 Grosser Gemeinderat Wahlen

### a) Ratsbüro GGR für das Jahr 2010

### b) Geschäftsprüfungskommission

- Ersatzwahl GS und SVP

- Präsidium und Vizepräsidium für das Amtsjahr

1. Februar 2010 - 31. Januar 2011

### c) Sachkommissionen

- Ersatzwahlen FS

### a) Wahl des Ratsbüros GGR für das Jahr 2010

#### 1. Wahl des Präsidenten GGR

Vorschlag SVP

**Paul Müller** (einstimmig)

**Die Vorsitzende** wünscht Paul Müller ein gutes Jahr und hofft, dass er auch im 2010 einen ebenso spannenden Rat präsidieren darf. Sie überreicht ihm bereits jetzt den Ersatznerv. Zum Ersatznerv hat sie noch einen kleinen „Zwirbel“ dazugelegt.

**Paul Müller** dankt dem Parlament für die Wahl zum GGR-Präsidenten 2010 und Ursula Zybach für die Wünsche. Er wird versuchen von Links über die Mitte bis nach Rechts oder umgekehrt oder von der Mitte aus, das Parlament gerecht zu führen. Für den heutigen Abend wünscht er allen gesellige Stunden, gute Gespräche im Regezkeller und beim anschliessenden Nachtessen im Hotel Bellevue.

#### 2. Wahl des 1. Vizepräsidenten

Vorschlag der FDP

**Urs Gurtner** (einstimmig)

#### 3. Wahl der 2. Vizepräsidentin

Vorschlag der EVP

**Anna Fink** (einstimmig)

#### 4. Wahl von 2 Stimmzählerinnen

Vorschlag des FS

**Pia Hutzli** (einstimmig)

Vorschlag der SP

**Eliane Baumann** (einstimmig)

### b) Geschäftsprüfungskommission

#### Ersatzwahl

Vorschlag des GS

**Nadja Keiser** (einstimmig)

Vorschlag der SVP

**Urs Maibach** (einstimmig)

#### Amtsantritt

Der Amtsantritt erfolgt per 1. Januar 2010; die Amtsdauer endet am 31. Januar 2013.

## Präsidium und Vizepräsidium GPK für das Amtsjahr vom 1. Februar 2010 bis 31. Januar 2011

### 1. Wahl der Präsidentin GPK

Vorschlag GS **Nadja Keiser** (einstimmig)

### 2. Wahl des Vizepräsidenten GPK

Vorschlag EVP **Andreas Bürki** (einstimmig)

### c) Ersatzwahlen Sachkommissionen

#### Ersatzwahl Sachkommission Sicherheit

Vorschlag des FS **René Barben** (einstimmig)

#### Ersatzwahl Sachkommission Bildung/Kultur

Vorschlag des FS **Martin Fink** (einstimmig)

#### Amtsantritt

Der Amtsantritt erfolgt per 1. Januar 2010; die Amtsdauer endet am 31. Januar 2013.

## 93 8.61 Gemeindebeiträge Beiträge aus dem freien Ratskredit GGR

### Sprecher des Ratsbüros GGR

**Markus Kiener:** Zusammen mit Ursula Zybach hat er die Gesuche, welche während des Jahres bei der Gemeindeschreiberei eingegangen sind geprüft. Für die Berücksichtigung wurden die gleichen Kriterien angewandt, welche im letzten Jahr aufgestellt wurden.

1. Die Organisation hat in den letzten 10 Jahren keine Beiträge erhalten.
2. Die Organisation investiert in die Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien
3. Die Organisation unterstützt die Ausbildung im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe
4. Es werden eher kleinere Hilfswerke bevorzugt.

Nach diesem Raste verblieben folgende drei Hilfswerke:

- Ökozenter Langenbruck
- Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
- Hilfswerk TearFund

Das Ratsbüro GGR beantragt, diese drei Organisation mit einem Beitrag von je Fr. 5'000.00 aus dem freien Ratskredit GGR zu unterstützen.

## Fraktionssprecher

**Marianne Roe (SVP):** Die SVP-Fraktion ist mit den Vorschlägen an die vorgeschlagenen Hilfswerke einverstanden. Die SVP-Fraktion beantragt jedoch, dass in den nächsten Jahren auch Institutionen im Inland berücksichtigt werden. Eine Aufteilung 50/50 Ausland/Schweiz wäre gerechtfertigt. In der Schweiz sind immer mehr Institutionen von Beitragskürzungen betroffen. Man muss auch berücksichtigen, dass Schweizer Hilfswerke viel mehr Geld benötigen, als dies für Projekte im Ausland der Fall ist. Dieser Wunsch wurde bereits im letzten Jahr geäussert. Deshalb beantragt die SVP-Fraktion die Beiträge zwischen Ausland und Schweiz in den nächsten Jahren aufzuteilen.

**Markus Kiener (EVP):** Bei der Gemeindeschreiberei wurden selten Gesuche von Hilfswerken eingereicht, welche für inländische Projekte Geld sammeln. In letzter Zeit hatte er die Gelegenheit zu sehen, wo Hilfe nötig ist. Die Armut in der Schweiz ist nicht so dramatisch. Gesuche sollten von Fall zu Fall geprüft werden, ohne feste Klausel.

**Philipp Zimmermann (GS):** Er kann die Ausführungen von Markus Kiener unterstützen. In der Schweiz müssen wir mit unserer Sozialpolitik versuchen die Armut zu bekämpfen. Einmal im Jahr sollten wir Länder und Organisationen unterstützen, welchen es schlechter geht.

**Walter Holderegger (SP):** Er beantragt, auf diesen Antrag nicht einzutreten. Das Ratsbüro sollte frei wählen, welche Gesuche unterstützt werden sollen. Es wird nicht abgestritten, dass es auch in der Schweiz Personen gibt, welche bedürftig sind. Im Ausland gibt es bedeutend mehr Armut. Der Beitrag von Fr. 15'000.00 ist nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Dem Ratsbüro sollte freie Hand gelassen werden.

**Urs Gurtner (FDP):** Er kann die Aussage von Markus Kiener ebenfalls unterstützen. Dem Ratsbüro soll überlassen werden, welche Gesuche berücksichtigt werden. Er wird dem Antrag nicht zustimmen.

**Marianne Roe (SVP):** Ausländische Hilfswerke haben sich daran gewöhnt, Gesuche bei der Gemeindeschreiberei einzureichen. Die anderen denken wohl nicht daran.

**Die Vorsitzende** ergänzt, dass viele inländische Institutionen Gesuche eingereicht haben, welche im Ausland tätig sind. Es gibt schweizerische Projekte, aber die Auswahl könnte schwierig werden.

## Abstimmung über den Antrag der SVP-Fraktion

Der Antrag der SVP-Fraktion ab dem nächsten Jahr eine Aufteilung von 50/50 von Projekten Ausland/Schweiz vorzunehmen, wird **mit grossem Mehr abgelehnt**.

## Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

## Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Ratsbüros GGR
- gestützt auf Art. 40.1 c) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Dem Hilfswerk Ökozentrum Langenbruck wird für das Projekt Fruchttrocknung Burkina Faso mit Sonnenenergie aus dem freien Ratskredit (Kto. 011.318.03) ein Betrag von Fr. 5'000.00 bewilligt.
2. Dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk SAH wird für das Entwicklungsprojekt in El Salvador aus dem freien Ratskredit (Kto. 011.318.03) ein Betrag von Fr. 5'000.00 bewilligt.
3. Dem Hilfswerk TearFund wird für das Sozialprojekt in Sambia aus dem freien Ratskredit (Kto. 011.318.03) ein Betrag von Fr. 5'000.00 bewilligt.

## Verabschiedungen

Folgende GGR-Mitglieder werden per Ende 2009 aus dem GGR austreten:

- Klaus Aegerter, GS (GGR-Mitglied seit 2001)  
Er hat sein Abschiedsgeschenk der Stiftung Wasserzyt gespendet  
Er erhält nebst einem Blumenstraus von der Vorsitzenden einen kleinen „Kreisel“

**Klaus Aegerter:** Er dankt für die Zeit hier im GGR. Er hat es sehr geschätzt, wenn offen und hart diskutiert worden ist. Er wünscht sich für den GGR für die Zukunft offene und ehrliche Diskussionen.

- Evi Hürlimann, FS (GGR-Mitglied seit 2005)  
Sie hat ihr Abschiedsgeschenk der Gönnergemeinschaft Hogar Bambi gespendet.  
Sie erhält ebenfalls einen Blumenstraus und einen filigranen längeren „Kreisel“

**Evi Hürlimann:** Nach knapp fünf Jahren verabschiedet sie sich aus dem GGR. Sie hatte viele Begegnungen, welche sie weiterhin pflegen wird. Auch das Politisieren wird unter dem Dach Hürlimann weitergeführt. Die Arbeit wird ihr ebenfalls nicht ausgehen. Sie dankt für die schöne Zeit und wünscht allen viel Gefreutes beim weiteren Politisieren.

## Schlussbemerkungen

**Paul Müller:** Vor einem Jahr zum Antritt als GGR-Präsidentin hat uns Ursula Zybach eingestimmt und ihre Eintrittsrede unter das Motto „Verantwortung“ gestellt. Sie hat uns aufmerksam gemacht, auf unsere Verantwortung als GGR-Mitglieder gegenüber den Einwohnern von Spiez. Auf die Verantwortung für die Entwicklung und auch auf die langfristige Verantwortung. In ihrem Schlusssatz hat sie ausgeführt, „nun möchte ich, dass wir gemeinsam als Gemeinparlamentarier die Verantwortung wahrnehmen und die weiteren Traktanden der Sitzung bearbeiten.“ Wenn wir nun zurückschauen, hat sie diese Verantwortung nicht nur ausgesprochen, sondern auch gelebt. Mit Bravour hat sie die fünf GGR-Sitzungen geleitet, gemanagt und das Parlament auf eine saubere Art geführt. Keinen Moment war bei ihr Unsicherheit aufgetaucht. Sie hat gewusst, wann sie mit ihren Bemerkungen die Redner erahnen liess, dass sie aufhören sollen zu debattieren. Ein besonderes Geschick und Können hat sie an den Tag gelegt, mit ihren Zusammenfassungen über das politische Geschehen während den Sitzungen. Der Präsidentensessel lässt es nicht gross zu, dass man mitdebattieren kann. Dies wird sich aber jetzt wieder ändern. Er wünscht ihr weiterhin viel Erfolg und Befriedigung im politischen und beruflichen Leben. Als Erinnerung an dieses Jahr übergibt er ihr einen kulinarischen Aufenthalt im Restaurant im Schloss sowie einen Blumenstraus.

**Ursula Zybach:** Sie freut sich sehr über dieses Geschenk. Sie wird gerne an die Stunden zurückdenken, wo sie hier vorne gesessen hat. Man hat einen guten Überblick und es ist sehr angenehm neben Konrad Sigris zu sitzen. Die heutige Sitzung war eher ernsthaft und seriös. Das spannendste Wort war „Juristerei“. Was aber gut gespürt werden konnte, war das „Mecano“ des NPM. Dieses befriedigt wohl niemanden ganz. Das Spiel von Daniel Lanz hat gezeigt, wie begrenzt NPM handhabbar ist. Es sind aber auch Vorsätze da an Motionen, welche geschrieben werden sollen. Es ist spannend, ob im nächsten Jahr wieder eine Motion betreffend NPM eingereicht und wieder zu hitzigen Debatten führen wird. Das Minergie-Label hat gut getan. Vielleicht hat der Gemeindepräsident insgeheim gehofft, dass der Preis, den er in die Runde gegeben hat, auf den Boden fällt und er keinen Ort suchen muss, um diesen aufzuhängen. Sie bedankt sich für die angenehme Zusammenarbeit. Die Fraktionen werden gebeten, ihre Mitglieder manchmal etwas zurückzubinden, wenn diese überborden. Die Sitzung hat mit dunklen Wolken und Schnee angefangen. Sie freut sich nun mit allen im Regezkeller anzustossen und das anschliessende Nachtessen im Hotel Bellevue zu geniessen. Sie wünscht allen eine schöne Adventszeit und sie freut sich auf das Wiedersehen im nächsten Jahr.

Schluss der Sitzung: 17.45 Uhr

#### **NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES**

Die Präsidentin

Der Protokollführer

U. Zybach

A. Zürcher

Im Anschluss an die Sitzung begeben sich die Ratsmitglieder zum traditionellen Aperitiv in den Regezkeller und anschliessend zum Nachtessen ins Hotel Bellevue Spiez.